

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (44 : 0).*

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Gleiches Recht auf Bildung – auch für Menschen mit schwerer Behinderung**

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP, Grünen, KPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! In Österreich besteht die Schulpflicht von neun Jahren. Wenn ein Kind infolge physischer und psychischer Behinderung auch durch den Unterricht an einer Sonderschule nicht gefördert werden kann, gibt es gesetzlich die Möglichkeit des häuslichen Unterrichtes. Die Schulpflicht kann im Bedarfsfall bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt werden und wird somit zum Recht auf Bildung.

Dieses Recht auf Bildung erfahren aber leider nicht alle Kinder.

Für schwerstbehinderte Kinder, welche die Schulbildung - aufgrund der Beeinträchtigung – nur zu Hause „liegend im Bett“ konsumieren können, gibt es die gesetzliche Möglichkeit, einer freiwilligen Verlängerung beziehungsweise das Recht auf Bildung über das 9. Schuljahr auszudehnen, nicht.

Da einem schwerstbehinderten Kind der Weiterbesuch einer Volks- Haupt- oder Sonderschule vor Ort nicht möglich ist, schließt das Schulpflichtgesetz des Bundes, welches sich auf das Schulunterrichtsgesetz bezieht, den häuslichen Unterricht, nach der Beendigung der neunten Schulstufe, aus.

Um auch schwerstbehinderten Kindern ein freiwilliges Wiederholen zu ermöglichen, müsste die Möglichkeit beziehungsweise die Definition des häuslichen Unterrichts auch im Schulunterrichtsgesetz aufgenommen werden.

Diese Diskriminierung ist kein theoretischer Fall, sondern leider vor einer Woche in Graz passiert. Ich konnte eine Familie besuchen, eine Familie mit einem wirklich schwerstbehinderten Kind, das Kind liegt im Bett, wird 24 Stunden beatmet, hat jetzt eine Schulbildung durch den häuslichen Unterricht erfahren, aber der Bezirksschulrat hat nach der momentanen Gesetzeslage nicht mehr den Unterricht weiterführen können, ich war dort, habe mit dem Sozialamt gesprochen, auch mit unserem Bürgermeister und wir haben hier einen Weg gefunden, ein Jahr fortzusetzen. Für weitere Jahre ist allerdings eine Gesetzesänderung notwendig und dass man das eben jetzt nicht nur für diesen einen Fall ermöglicht, sondern für alle weiteren Fälle ist das, gut, dass wir heute eine Petition an den Bundesgesetzgeber richten.

Deshalb stelle ich namens der ÖVP, Grün, KPÖ und FPÖ folgenden

### **dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Schulpflicht- und des Schulunterrichtsgesetzes dahingehend zu ändern, dass auch Kinder mit einer schweren Behinderung das Recht auf Bildung – auch über die neunte Schulstufe hinaus - durch den häuslichen Unterricht können. Bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Ich möchte dir danken, wir reden ja immer wieder drüber in der Politik, dass unser soziales Netz und die Menschlichkeit,

die gewoben wird auch von Seiten der Gesetzgeber ab und zu Lücken hat. Es ist gar nicht leicht die immer aufzudecken. Ich freue mich persönlich, dass du dich dieses Menschen angenommen hast und dass du das thematisierst (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also auch noch einmal herzlichen Dank von unserer Seite aus, lieber Kurt Hohensinner, auch für uns von der Grazer SPÖ ist dies ein Wichtiges und ganz, ganz wichtiges Anliegen, denn nur Bildung steht für verstärkte Förderungsmöglichkeiten und für verstärkte Entwicklungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen und deswegen werden wir als SPÖ diesem dringlichen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt selbstverständlich unterstützen.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **2) Gemeinschaftsarbeit als Gegenleistung zur Mindestsicherung**

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem zweiten dringlichen Antrag, der nämlich nicht so einstimmig von vorneherein durchgehen wird, wie der vom Kurt, geht es darum, dass im Jänner voraussichtlich auch in der Steiermark die Mindestsicherung eingeführt wird und wir zum Thema Mindestsicherung ein grundsätzliches Thema ansprechen wollen, das sehr stark auch all jene bewegt, die drüber nachdenken, wie weit geht es um Unterstützung, wie weit sollen Menschen, die mindestgesichert sind, auch in der Gesellschaft erhalten bleiben. Vor allem gibt es Möglichkeiten, dass man in der Gesellschaft auch zeigt, dass man etwas beitragen

möchte. Ich habe dazu in meinem dringlichen Antrag auch darauf verwiesen, dass es ja ein Grundrecht darauf gibt, das Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, nämlich der Artikel 23 der Erklärung der Menschenrechte und der geht davon aus, ich habe mich da extra erkundigt, auch auf der Universität, er geht davon aus, dass die Arbeit tatsächlich zum Menschsein dazugehört, zum Lebensvollzug dazugehört und das Menschen etwas beitragen wollen und arbeiten wollen. Das heißt, es soll ihnen auch eine Arbeit angeboten werden und vor allem dann, wenn es um eine Unterstützung oder um ein Entgelt geht, das man mindestens bekommt, soll einem auch die Möglichkeit gegeben werden, das man etwas beiträgt. Jetzt ist dieser Beitrag aber grundsätzlich nicht vorgesehen, wobei ich auch noch einige andere Anmerkungen zum Thema Mindestsicherung hätte, auch was die Sozialbürokratie betrifft, die ja dadurch nicht besonders ausgeschaltet worden ist, da haben wir mit einem Bürgergeld schon einmal andere Ideen zu diesem Thema auch präsentiert. Es geht darum, dass wir glauben, und das ist in einer christlich-sozialen Partei so, dass Arbeit einen besonderen Stellenwert hat und das nicht nur erst seit ein paar Jahren, sondern dass das grundgelegt ist auch in der christlichen Soziallehre und dazu gibt es eben ein Gleichnis, das werde ich jetzt nicht lange erklären von den Talenten, es war ja erst vor kurzem auch Thema in der Sonntagsmesse für manche, die sie besucht haben, es geht darum, dass jeder Mensch Talente bekommt, dass es jemand gibt, der seine Talente vermehrt, dass es jemanden gibt, der sein Talente zumindest, das ist eine Währung der damaligen Zeit, zumindest auf die Bank schiebt und es gibt jemanden, der hat nur ein Talent, aber das vergräbt er auch noch und letztlich wird dieser dann von seinem Herrn verjagt. Das heißt, die Quintessenz daraus ist, dass, wenn ich ein Talent habe und ich bin überzeugt davon und es gehört einfach auch zu einem Menschenbild, dass glaube ich, wir alle miteinander teilen, jeder Mensch hat seinen Wert und hat seine Talente und dieser Wert und seine Talente sollen in dieser Gesellschaft auch eine Bedeutung haben, das heißt, sie gehören auch hereingeholt. Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir beim Thema Mindestsicherung jetzt und deshalb als dringlichen Antrag, nicht als Wahlkampfgeg wie manche meinen, weil bei uns steht ja die Diskussion zur Mindestsicherung jetzt nach der Landtagswahl an,

also wenn sollten wir jetzt unsere Überlegungen zum Thema Mindestsicherung einbringen. Deshalb ein dringlicher Antrag, dass wir jenen, die die Mindestsicherung ab 1. Jänner auch in der Steiermark bekommen werden, von Seiten der Stadt Graz und ich mache extra keine Petition an den Landtag oder an eine Bundesregierung, dass sie da jetzt Regelungen schaffen oder überhaupt, es geht mir darum, dass wir ein Angebot machen an jene, die die Mindestsicherung bekommen, auch von Seiten der Stadt Graz, dass sie für unsere Gemeinschaft und in unserer Gemeinschaft ein Arbeitsangebot bekommen und zwar nach ihren Talenten. Es geht mir da nicht um Straßenkehren oder irgendjemand herunterzumachen, wobei ich das gerne sagen würde, Straßenkehrer ist genauso ein ehrenwerter Beruf wie alle anderen, aber es hat einen schlechten Beigeschmack, jeder von uns hat es in der Schule einmal gehört, von einem Lehrer, wenn du nicht lernst, dann musst Straßenkehrer werden, deshalb geht es mir darum, das zu betonen, es geht darum, auch nach den Möglichkeiten und wir haben sehr viele Bereiche in der Stadt Graz, wo wir die Mitarbeit brauchen und die durchaus zum Teil für die Stadt Graz schwer leistbar ist. Wir sind da, glaube ich, sehr konsequent auch in unserer Politik, wir haben das im Asylbereich gefordert, wir waren die einzige Stadt, die Asylwerbern auch über längere Zeit Arbeit angeboten haben, weil wir auch dort gesagt haben, das Arbeit ein ganz notwendiger Teil des Lebens ist und dass man ein paar Jahre lang in einem Asylwerberheim absitzt, nicht das Ziel einer Asylpolitik sein kann, wir haben uns damals darum bemüht, wir haben zumindest 30 solche Plätze geschaffen, im Rahmen der Stadt Graz war das möglich. Konsequenterweise wollen wir das auch für jene, die die Mindestsicherung haben, deshalb darf ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag**

stelle: Die zuständige neue Sozialstadträtin wird vom Gemeinderat beauftragt, bis Jahresende einen Umsetzungsvorschlag im Sinne des Motivenberichts zu erarbeiten, mit dem AMS abzusprechen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kleine Zeitung hat heute einen Artikel mit dem Titel versehen „Wahlkampftribüne“ und dieser dringliche Antrag ist für mich jetzt natürlich schon ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie man das Thema, das auf allen politischen Ebenen von der ÖVP transportiert wird, auf der Gemeinderatsebene versuchen könnte umzusetzen und wenn ich mir anschau, dass die Spitzenkandidatin in Wien der ÖVP, also Christine Marek, in dieser Diskussion quasi eine Zwangsverpflichtung für EmpfängerInnen der Mindestsicherung damit verknüpft hat, ist für mich der vorliegende Text nur eine etwas moderatere Formulierung mit demselben Ergebnis, dass man nämlich Menschen zu gemeinnütziger Arbeit, die die Mindestsicherung beziehen sollen, dazu verpflichten soll oder zwingen soll oder unter Druck setzen soll, gemeinnützige Arbeit irgendwie zu leisten. Für mich ist das im Prinzip eine sehr, sehr problematische Vorgangsweise, nämlich insofern, weil für mich der Begriff Ehrenamtlichkeit, Freiwilligkeit immer in Kombination zu sehen ist, auch damit, dass sich also nur Menschen, die existenziell abgesichert sind, auch leisten können, ein Engagement in ehrenamtlicher Form und in dem Fall auch freiwillig für gemeinnützige Tätigkeiten, für Aufgaben, die wichtig sind in unserer Gesellschaft zur Verfügung zu stellen und was für mich noch mit dieser Diskussion verbunden ist, ist das, dass man sagt, Mindestsicherung ist soll, also die ÖVP...mit 12 Monaten... sind nur 12 Monate auszuzahlen und es sind ja die Sozialschmarotzer, die, die in der Hängematte liegen und die soll man jetzt irgendwie zwingen. Noch zwei Sätze, als KPÖ finden wir, dass der Artikel 23 in eine ganz andere Richtung zu argumentieren ist, und damit Forderungen zu verknüpfen sind, nämlich das Recht auf Arbeit sehe ich im Ausbau von mehr Arbeitsplätzen in existenzsicherende Arbeitsplätze anzubieten, der Arbeitslosigkeit was entgegenzusetzen auf dieser Ebene und nicht diese Vorgangsweise, wie die ÖVP sie uns heute vormachen will oder wo sie halt unsere

Unterstützung will, als KPÖ lehnen wir aus dem Grund die Dringlichkeit und den Inhalt dieses Antrages ab. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag muss man mal ganz erwähnen, dass im Nationalrat, wo diese Mindestsicherung beschlossen worden ist, das BZÖ die einzigen waren, die dagegen gestimmt haben, die FPÖ hat sich anscheinend verstimmt damals, habe ich in den Medienberichten nachher gelesen, die anderen haben klar dafür gestimmt und ich sehe diesen Antrag, dass die ÖVP, die natürlich gemerkt hat, dass ihre eigene Wählerklientel das nicht so positiv aufgenommen hat, jetzt versucht, auf kommunaler Ebene ein bisschen da dagegen zu rudern und so womöglich dieser Antrag erwachsen ist. Zur Kollegin Taberhofer möchte ich schon etwas sagen betreffs Mindestsicherung. Wenn man allen, die etwas haben, etwas wegnimmt und denen die weniger haben etwas gibt und das macht man monatelang, dann wird es irgendwann einmal die Situation sein, dass wir alle gleich viel haben oder ich frage mich, ob zuvor nicht die, die einfach jedes Monat was geben sollen, irgendwann einmal sagen, nein ich will eigentlich nicht mehr, das ist ein Problem das gesellschaftlich durchaus.. Ich kenne die anderen Geschichten natürlich auch, die natürlich auch eine gewisse Wahrheit haben, dass natürlich ein ganz minimaler Prozentsatz in der Gesellschaft natürlich ein erhebliches Vermögen besitzt, keine Frage, will ich auch gar nicht abstreiten. Zu den gehören wir, glaube ich, alle nicht, die wir hier da sitzen. Zweite Sache ist zum Kollegen Rajakovics, der den Antrag so eingebracht hat und formuliert hat. Die Intention wird von uns mitgetragen, das sage ich ganz offen, weil ich denke, dass gerade dieser Personenkreis, der von der Gesellschaft soviel auch bekommt an Hilfe und Unterstützung und ich gehe einmal grundsätzlich davon aus, es sind die Bedürftigen, die wirklich Unterstützung brauchen und das jetzt halt aufgrund der Abstimmung im Nationalrat halt über die Mindestsicherung erfolgt, die sollen auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas zum Gemeinwesen beitragen, das ist voll unsere Unterstützung. Ich frage mich nur ob der gewählte Ansatz hier in Form von

acht Stunden die Woche wirklich eine Billaverkäuferin beruhigt, die de facto kaum mehr Geld bekommt durch 40 Stunden Tätigkeit jede Woche, das zusätzlich zu deren Leistungen, die sie für die Familie bringt ob das im Pflegebereich ist, ob das im Bereich Kinderbetreuung ist etc., ob hier der Ansatz von Stunden pro Woche möglicherweise noch auf Freiwilligkeit oder gegen noch eine allfällig Entschädigung, weil so genau ist das ja noch nicht ausformuliert, ob das wirklich der entsprechende Gegenwert ist, um das zu rechtfertigen, um zu sagen, ja das ist wirklich ein quantitativer Ausgleich oder ob es eher noch in dem Fall eigentlich ein Feigenblatt ist, um zu sagen, na ja, ok das ist halt unser Beitrag, damit überhaupt die Mindestsicherung überhaupt gesellschaftlich überhaupt akzeptiert werden kann. Aber der Intention folgen wir, ich glaube, das ist das Einschlagen in die richtige Richtung und wir werden daher diesem Antrag in der Dringlichkeit und nachher in der Abstimmung zustimmen. Danke.

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, lieber Antragsteller! Die SPÖ wird der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen. Es gibt hier natürlich auch eine Begründung und diese Begründung ist, lieber Thomas, dass es sich nach unserer Meinung rein um eine populistische Maßnahme handelt, um Populismus mit einem Hintergrund und zwar mit einem biblischen Hintergrund und mit dem Hintergrund, dass es sich hierbei um einen Vorschlag handelt. Dieser Populismus, der spiegelt sich auch wider im Motivenbericht und zwar auf der einen Seite steht im Motivenbericht zwischen den Zeilen verpflichtende Arbeit. Und zwar in dem Sinn, wer arbeiten kann muss auch arbeiten. Gleichzeitig wird von der Chance einen Beitrag zu leisten, von dem Angebot der Stadt gesprochen, was ist das jetzt? Ist die Ehrenamtlichkeit ein Muss, eine verpflichtende Chance oder ein verpflichtendes Angebot? Und lieber Thomas, dir ist anscheinend nicht bewusst, was in der Bestimmung von der Mindestsicherung steht, dass nämlich das Ziel von der Mindestsicherung Beschäftigung ist. Ich habe hier vor mir liegen

einen Artikel aus dem Standard und in diesem Artikel da sprechen sich klar Hilfsorganisationen, wie das Hilfswerk oder wie die Caritas gegen diese Maßnahme, die du vorgeschlagen hast, aus und zwar konkret, die Hilfsorganisationen haben keine Freude daran. Es werde eine Missbrauchsdebatte auf dem Rücken jener Menschen geführt, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Diese Maßnahme geht, und zwar hat das der Caritasdirektor Landau, ich glaube Thomas, du warst auch einmal bei der Caritas beschäftigt, gesagt, diese Maßnahme geht vollständig an der Realität vorbei. Zum Abschluss, Herr Bürgermeister, Sie sind ein sehr zielgerichteter Bürgermeister und Thomas, ich glaube, du denkst auch sehr klar, ich denke mir für unsere Stadt ist es notwendig, Ressourcen zu bündeln und andere wichtige Fragen zu lösen, zielgerichtet zu lösen. Und diese Fragen sind betreffend der Mindestsicherung die praktische Umsetzung der Mindestsicherung, wie können wir das bewerkstelligen, wie kann die Auszahlung bestmöglich bewerkstellt werden, welche zusätzlichen Ressourcen benötigt dafür die zuständige Fachabteilung, wie kommen die betroffenen Grazerinnen und Grazer zu ihrer Mindestsicherung, das sind die eigentlichen Fragen, die gelöst werden können und müssen und darum ersuche ich auch und aus diesem Grund wird die Dringlichkeit zu diesem Antrag abgelehnt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Thomas Rajakovics! Es ist wahrscheinlich ein purer Zufall, dass du den Antrag einbringst in der letzten Phase des Wahlkampfes, das ist nur eine böse Interpretation von mir, aber ich bin einmal so böse. Lieber Thomas, ich habe mich köstlich unterhalten, dafür danke ich dir, wie ich diesen Antragstext gelesen habe, vor allem was dieses Gleichnis betrifft, dieses Bibelgleichnis, wobei ich schon ganz gerne gehabt hätte, Thomas, dass du ordentlich zitierst und dass du auch angibst, woher du das hast, dieses aus dem Lukasevangelium, aus dem Matthäus, ist wurscht aber was du geschafft hast, das habe ich zum Beispiel nicht gewusst, die Berechnung was Talente

heute Wert sind, als 5000 Euro, ok, lieber Thomas soweit einmal. Du hast wahrscheinlich auch mitbekommen, dass namhafte Menschen wie zum Beispiel der Caritasdirektor Landau, aber auch der Kardinal Schönborn sich absolut negativ ausgesprochen haben zum Vorschlag deiner ÖVP-Kollegin Staatssekretärin Christine Marek. Sie sind ganz klar gegen den Arbeitspflichtvorstoß und ich finde das ja auch spannend, wie du das machst. Du zitierst zuerst die Erklärung der Menschenrechte und machst aus einem Recht plötzlich eine Pflicht. Diese Interpretation, gut das ist Freiheit der Interpretation, aber es werden nicht allzu viele Leute bei dieser Interpretation mitgehen, nehme ich jetzt einmal an. Bei deinem Gleichnis, da hat mir dann die Christina, weil sie ja eigentlich die Experte für all diese Fragen ist, hat sie mir dann natürlich Informationen gegeben und zwar gerade zu dieser Geschichte mit diesem Gleichnis, der sogenannte Matthäuseffekt und da hat sie mir sozusagen die Quintessenz herausgeholt, denn wer da hat, dem wird gegeben werden, wer aber nicht hat von dem wird auch genommen, was er hat und du willst noch jenen Menschen, die arbeitslos sind auch noch ihre Eigenentscheidung absprechen, du willst ihnen ihre Würde nehmen, du fragst dich nicht einmal, ob es nicht darum geht Arbeit und Vermögen gerecht zu verteilen (*Applaus Grüne*), das fragst du dich nicht, du fragst dich nicht, ob nicht die Innenministerin, nachdem du die Talente angesprochen hast, die jeder Mensch in die Gesellschaft einbringen soll, fragst du dich ab und zu auch, ob die Frau Ministerin, die Frau Innenministerin auch an die Talente von Menschen mit Migrationshintergrund denkt und zum Abschluss, leider habe ich viel zu wenig Zeit, ich habe mir so viel vorbereitet, zum Abschluss möchte ich mit Heinrich Heine enden, nämlich Deutschland ein Wintermärchen, nur einige Strophen daraus, wo er sagt „Ein neues Lied, ein besseres Lied, oh Freunde will ich euch dichten. Wir wollen hier auf Erden schon das Himmelreich errichten, wir wollen auf Erden glücklich sein, es wächst Brot genug für alle Menschenkinder, auch Rosen, Myrthen, Schönheit und Lust und Zuckererbsen nicht minder, ja Zuckererbsen, für jedermann sobald die Schoten platzen. Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen“. Also, lieber Thomas, wir können leider Gottes mit dem Antrag überhaupt nicht mitgehen. Er verweist Arbeitslose in ein Sozialschmarotzertum und

das ist das, was da dahinter so unangenehm ist. Also Ablehnung auf voller Länge (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir werden diesem Antrag, dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen, wobei ich muss sagen, so etwas von einem Wischiwaschi-Antrag habe ich selten erlebt. Trotzdem werden wir zustimmen, wenn auch die Intention, aber sonst der Inhalt ist natürlich und mir kommt vor, ich bin im falschen Film und ich bin in der falschen Stadt. in der falschen Stadt, glaube ich, und es kommt mir vor, dass das gestern in der Nacht oder heute Vormittag geschrieben wurde der Antrag als kleine Entschuldigung, weil der Herr Bürgermeister ja heute in Interview gegeben hat, wo er aufgefordert hat, man sollte Kleinparteien nicht wählen, damit hat er wahrscheinlich auch in Wien gemeint, die Wiener ÖVP, nachdem sie ja eine Kleinpartei in Wien ist (*Applaus FPÖ*) und die Wiener ÖVP nicht zu wählen und als kleines Dankeschön hat der Kollege zu meiner Rechten, ich hoffe, es schüttelt Sie nicht, weil ich sage zu meiner Rechten, gedacht, er muss diesen Antrag der Kollegin...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. Mag. **Korschelt**: Zu Ihnen komme ich schon noch abwarten, der Kollegin Marek einen Gefallen tun. Herr Kollege, Sie glaube ich, sind auch noch Anhänger, ein bisschen schwanger gibt, weil so etwas von einem Antrag, entweder will ich das haben, dann aber so, wundert mich, vielleicht gehen Sie dann zum Kollegen Hohensinner in die Schule, der zeigt Ihnen wie man einen Antrag formuliert, so wie er die Nummer eins formuliert hat. Dann zum falschen Film Frau Kollegin Binder. Mich

hat gewundert dann, weil wenn wir diesen Antrag gebracht hätten, dann hätten Sie sofort geschrien, was wollen die Rabauken, die rechten Rabauken da hinten, die zweite Variante wäre gewesen, dass Sie sofort oder ihre Parteikollegen sofort geschrien hätten, na die FPÖ will ja den Arbeitsdienst wieder und genau da haben sie sehr pfleglich haben Sie ihren Kollegen in der gemeinsam Arbeitsfraktion haben Sie sehr pfleglich behandelt und dann, ich bin leider nicht sehr bibelfest, nachdem ich evangelisch bin, Luther hat zwar die Bibel...aber ich kenne mich nicht sehr gut aus, ich kenne mich besser im Karl May aus und Kollege, ich würde sagen, Sie sprechen mit gespaltener Zunge, weil gerade, dass Sie den Antrag bringen, wenn es nur irgendwer von einer anderen Fraktion gebracht hätte, hätte ich mich noch einlassen, der Kollege Hauptmann zum Beispiel in der ersten Reihe, aber gerade Sie, der sonst immer, wenn es irgendwo geht, wo ein bisschen die Schraube anzuziehen ist, kriegen Sie sofort einen Hautausschlag und schreien sofort, nein kommt ja nicht in Frage und dann stellen Sie sich her und haben ehrlich gesagt die Vermessenheit, diesen Antrag zu bringen, aber wie gesagt, die Intention ist vorhanden, deswegen werden wir ihm zustimmen, aber sonst, Herr Kollege, ich kann nur sagen mit dem Kreisky, der hat gesagt, Herr Redakteur lernen Sie Geschichte, Herr Kollege lernen Sie Anträge schreiben. In diesem Sinne werden wir dem Antrag und dem Inhalt zustimmen, aber mit großem Bauchweh (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! sie hören zuerst von mir einmal ein klares Ja. Ein klares Ja zur Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit. Ehrenamtliche Arbeit findet in vielen Bereichen statt und sie ist immer wichtig. Egal ob sie beim Roten Kreuz stattfindet, bei der

Vinenzgemeinschaft, im Rahmen von Besuchsdiensten in Pflegeheimen, beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr, wo auch immer. Ehrenamtliche gehören gestärkt. Die Rahmenbedingungen von Ehrenamtlichen gehören unterstützt und die Information bezüglich Ehrenamtlichkeit muss sich auch verbessern. Ein ganz klares Ja von mir, dafür bin ich als Sozialstadträtin jederzeit zu haben und ich freue mich dahingehend auch schon auf Kooperationen. Wofür bin ich nicht zu haben? Ich bin nicht zu haben für öde Diskussionen und ich habe auch im Landtag sehr oft öde Diskussionen über die Mindestsicherung führen müssen und wir kommen wieder zur vielzitierten Billaverkäuferin, sie ist auch heute von irgendjemand genannt worden, ich glaube, der Kollege Mariacher hat das gemacht. Diese Diskussionen sind langweilig, die öden mich an und die interessieren mich politisch nicht. Personen, die 744 Euro verdienen haben nicht zuviel, sondern die Billaverkäuferin, die Vollzeit arbeitet und davon nicht leben kann, die hat zu wenig, das ist der Punkt (*Applaus SPÖ*). Und die Lösung geht nicht in die Richtung, dass wir jene Personen, die eh schon nichts mehr haben öffentlich stigmatisieren, sondern die Lösung geht in die Richtung, dass man die Mindestlöhne anheben, das ist die Argumentation. Und dass Personen, die arbeiten davon leben können und das jeder Mensch, der Arbeit sucht, Arbeit findet, das muss unser Ziel sein, unser politisches (*Applaus SPÖ*). Ich verwehre mich gegen jegliche Form der schwarz/weiß Malerei, ich glaube der Kollege Rajakovics hat sich ein bisschen zu wenig mit der Mindestsicherung auseinandergesetzt. Es ist nicht so, dass alle, die Mindestsicherung beziehen oder beziehen werden, besser gesagt, keiner Arbeit nachgehen. Es gibt sehr viele, die arbeiten und die eine Zuzahlung haben, sage ich dann zu denen, ihr müsst jetzt aber noch acht Stunden zusätzlich arbeiten, das ist ein bisschen schwierig. Es gibt auch Personen, die Mindestsicherung beziehen werden und die aber dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie zum Beispiel einen schweren Pflegefall zu Hause haben, sage ich dann diesen Personen, sie müssen ehrenamtlich arbeiten? Das ist ja völlig abstrus. Ich halte, wie gesagt, die Intention für gut, aber ich möchte dieses Angebot allen Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stellen, warum soll ein Pensionistin oder ein Pensionist die gerne was machen wollen, warum sollen die nicht die Möglichkeit haben zu einem zentralen

Informationspunkt zu kommen und ihre Talente, wie es der Kollege Rajakovics sagt, zur Verfügung stellen, warum sollen die das nicht machen oder Asylwerberinnen und Asylwerber.

***Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.***

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck**: Ja, aber Ihr Antrag geht schon sehr stark auf Bezieherinnen und Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Das soll für alle gleich gelten und warum streicht man die immer so heraus. Ich subsumiere Ihren Antrag wirklich nur unter Wahlkampfgeplänkel, wir können diesem Antrag natürlich nicht zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Also ich habe mir das vorgenommen und das muss ich jetzt noch sagen, aber es wird nicht mehr so lange dauern. Aufgehört habe ich mit dem Heinrich Heine, ich fange aber jetzt nicht literarisch an. Was mir bei diesem Antrag noch besonders aufstößt, dass es sich hier, und ich stimme mit der SPÖ überein, wenn es um das Ehrenamt ginge, müsste man das anders diskutieren, da hätte man einen anderen Aufhänger, aber doch nicht das. Da geht es darum, eine Sozialdisziplinierung durchzuführen für Menschen, die zum Großteil unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten sind und das erinnert mich natürlich schon an ungute Wahlzeiten, wo jemand mit einem Besen gegangen ist und gesagt hat, er möchte die Stadt säubern. Aber nur soweit. Ich habe mich dann ein bisschen hineingedacht und hineingekniet in weitere Informationen, die sie wahrscheinlich auch kennen werden. Im 18. Jahrhundert ist das erste Armenhaus in Graz errichtet worden und gleich darauf, die Armen zentralisieren, damit man sie schön unter...hat auch etwas Gutes gehabt, aber gleich unmittelbar in der Nähe des Armenhauses ist auch dann gleich das Zuchthaus

gemacht worden und das Arbeitshaus, also ich möchte nur, dass man so ein bisschen Verbindungen herstellt und 1883 hat der Grazer Gemeinderat beschlossen, dass ältere Arbeitslose zur Straßenreinigung oder zur Arbeit im Siechenhaus eingeteilt werden, weil sie sollen nicht eine Unterstützung bekommen ohne, dass sie nicht auch unentgeltlich etwas leisten sollen und die Kleine Zeitung, und jetzt bin ich beim Schluss, hat 1997 gesagt, Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose sollen Schneeschaufeln gehen, Parkbänke streichen und dergleichen und das ist nicht das, Thomas, was wir wollen. Mit arbeitslosen Menschen geht man anders um (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich selbst auch zu diesem Thema melden, weil ich ein paar ganz wichtige Aspekte beleuchten möchte, die jetzt in eine vollkommen falsche Richtung laufen. Wir haben eine neue Stadträtin, die vielleicht heute einen Auftrag bekommen wird über etwas nachzudenken, ich möchte auch sagen, dass ich durchaus verstanden habe, dass manche Institutionen und Persönlichkeiten in Österreich auf den Vorschlag von der Christine Marek so reagiert haben. Ich habe mit ihr persönlich auch noch nicht gesprochen und weiß auch noch nicht, ob das, was sie gesagt und gemeint hat, auch so transportiert worden ist. Es hätte mir in dem Fall, so wie es transportiert worden ist eben auch nicht gefallen, aber da meldet sich jetzt dann Thomas Rajakovics zu Wort, ein Gemeinderat, der bei der Caritas mitbekommen hat, wie es Flüchtlingen und Menschen, denen es nicht gut geht, wirklich in unserer Stadt und in unserem Land geht, dem man sicherlich nicht vorwerfen kann, dass er da irgendein Wahlkampfgetöse macht, sondern dem Thomas Rajakovics geht es immer darum, und das beziehe ich jetzt auch auf meine Fraktion, dass Menschen ein sinnerfülltes Leben haben und zur Sinnerfüllung gehört bei uns einfach die Arbeit mit dazu (*Applaus ÖVP*). Und es gibt leider viele Menschen, die bei uns keine Arbeit haben, ich kämpfe seit Jahren auch gegen Windmühlen und wiederhole es da noch einmal, eine

der schwersten Fälle in der Integrationspolitik Österreichs ist, dass Menschen, die zu uns kommen, nicht sofort die Möglichkeit bekommen, zu arbeiten und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Es würde sich aufhören, das was leider im Volksmund und an manchen Wahlkampftischen und Stammtischen diskutiert wird, nämlich die kommen zu uns, schöpfen nichts und gehen dann noch vielleicht zu unseren Ärzten und lassen sich da behandeln. Sie würden ins System einzahlen und würden dann auch dementsprechend behandelt werden. Sie hätten einen Sinn im Leben, weil sie dann danach gieren wieder eine Zukunft zu haben, ist bis jetzt in der Republik leider nicht machbar, aber das ist unsere politische ÖVP-Meinung hier in Graz. Ich weiß, dass ich hier noch viel zu wenig Menschen davon überzeugt habe. Der Thomas Rajakovics war der erste, der mir damals gesagt hat probieren wir es aus, weil es eine kleine Gesetzesmöglichkeit gibt, dass nämlich Bezirkshauptmannschaften, Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts die Möglichkeit haben, geringfügig nebenbei zu arbeiten. Wir haben es gemacht, wir haben in der Keplerstraße aufgehängt und haben gesagt, wer von den Damen und Herren möchte arbeiten. Keine drei Stunden ist der Zettel gehängt, waren, glaube ich, fast 300 Menschen oben, die gesagt haben, wir wollen, wir haben ihnen eine Möglichkeit gegeben und ich war entsetzt damals, wie der Landesrat Flecker aufgrund der Tatsache, dass diese Personen jetzt etwas dazuverdienen, ihnen die Wohnhilfe gestrichen hat, es war damals gelinde gesagt ein Skandal. Wir haben das auch ausgediskutiert, ist bis zum heutigen Tag leider nicht mehr geändert worden. Du bist schon wieder dafür bestraft worden in Österreich, weil du was arbeiten wolltest, das hat mir nicht gefallen. Jetzt komme ich zu dem wichtigen Punkt. Jeder der diesen Antrag liest muss wissen, er unterscheidet sich sehr wohl von anderen Vorschlägen und es ist eine lange Diskussion, die ich in meiner Fraktion schon geführt habe und Frau Stadträtin, Sie werden es jetzt erleben, sowohl im Büro aber auch an der auszahlenden Stelle in unserem Sozialamt, wenn die Menschen, die seit Jahren keine Beschäftigung haben, die jetzt bei der Mindestsicherung hineinkommen, dort ihr Geld abholen und sicherlich nicht freudestrahlend dort hinausgehen, vielleicht gibt es ein paar, Schmarotzertum wird es immer geben, brauchen wir auch nicht verleugnen, manche

nutzen das System aus, deswegen hätten wir auch ganz gerne ein Transparentkonto in irgendeiner Form gehabt oder noch lieber eine Mindestsicherung und dann hört es sich auf. Was in Österreich der Verwaltungsapparat im Sozialbereich schon kostet und wie viel Antragsmöglichkeiten es gibt, weiß keiner mehr und auch ich als Bürgermeister weiß nicht mehr, wenn jemand zu mir kommt, was kriegt der denn alles. Ich glaube, es gibt 140 Möglichkeiten in unserem Land und in unserer Stadt anzusuchen um soziale Förderungen und gleichzeitig eskalieren, wenn ich so sagen darf, und platzen uns alle Budgets und wir haben es noch nicht geschafft und es ist jedes Jahr dieselbe Pressekonferenz der Vorgängerin gewesen, die Armut steigt und wir haben noch nie so viel Geld ausgegeben. Da stimmt was am System nicht mehr und über das müssen wir reden und jetzt komme ich wieder zurück. Dieser Vorschlag von Thomas Rajakovics und uns heute als dringlicher Antrag ist nichts anderes, als jenen Menschen anzubieten, wieder in einem sozialen Netzwerk vielleicht mit dabei zu sein. Mich hat es eh schon gewundert, dass das nicht schon längst auch beim Sozialamt drüben gang und gäbe wäre, dass heute unsere Institutionen, die wir haben und da gibt es viele, die sich dorthin stellen und sagen, möchtest du bei uns dabei sein, weil du hättest wieder Ansprechpartner, du hättest ein neues soziales Netzwerk, mit dem du unterwegs sein kannst, ein altes Beispiel war immer, wer von diesen Damen und Herren ist jemals gefragt worden, Markierungen auf unseren Waldwegen zu machen, weil die Senioren in diesen freiwilligen Organisationen uns ausgehen und die Jungen da leider nicht so mittun, nur ein kleines Beispiel, hat nichts mit Straßenkehren oder sonst was zu tun, ich traue mich wetten, dass wenn die einmal unterwegs wären, die Damen und Herren, die da von dieser Mindestsicherung betroffen wären, dann wären sie draußen mit tollen Menschen in einer tollen Gemeinschaft an der frischen Luft, täten über Zukunft reden, es würden sich neue Chancen für sie auftun, das ist die Intention und nicht Wahlkampfgetöse. Wir haben es nur ganz klar auch gemacht, weil vieles auch, vielleicht auch missverständlich oder falsch momentan in der Richtung diskutiert wird und ich verspreche es ihnen. Nach der Landtagswahl werden wir genau über diese Themen in der Steiermark und in ganz Österreich weiterreden müssen. Ich weiß oft nicht, ob ich jemanden wirklich

noch helfen soll da draußen oder nicht, wenn er wieder bei der Tür steht, weil da wird davon geredet, dass er schon nicht mehr kann und dass er keinen Platz zum Schlafen hat und dass er nichts zum Essen hat und ich gebe den xten Spargutschein oder ein Geld aus meiner Geldtasche auch her und zwei Sekunden später zückt er das modernste Handy und ruft wieder wen an. Ich kenne mich dann oft nicht mehr aus. All das passiert mir täglich und wöchentlich, hier und da gibt es beide Seiten, ich glaube, es gehört Transparenz hinein und es gehört auch ein Angebot hinein und um mehr geht es dem Thomas nicht und ich glaube, dass es sehr wohl einen Nutzen bringen würde, das heißt, wenn dieser Antrag die Mehrheit findet, wird die Frau Stadträtin ja auch drüber nachdenken, was wir diesen Menschen alles anbieten und dann redet einmal mit all den freiwilligen Menschen in unseren Institutionen, die der Republik gut tun, sie würden auch dem einen oder anderen helfen, verpflichtend ist da gar nichts, anbieten sollte man es ihnen nur (*Applaus ÖVP*).

**GR. Hohensinner:** Werter Gemeinderat! Die meisten von euch von ihnen wissen das, dass ich bei der Lebenshilfe für das Freiwilligenmanagement zuständig bin und ich möchte Ihnen von einem Herren berichten, der wohnt in Voitsberg hat dort in einer Mine gearbeitet, ist arbeitslos und ist zur Lebenshilfe gekommen. Vor zwei Jahren hat gesagt, er ist abgesichert einigermaßen, das ist natürlich viel zu wenig, aber er bekommt ein Geld über die Arbeitslose und er möchte sich gemeinnützig einbringen. Und dieser Mann ist seit zwei Jahren bei „Tun wir was“, das ist so ein Programm, wo Menschen mit Behinderung in der Freizeit begleitet werden ist er ehrenamtlich tätig. Und bitte reden Sie mit diesem Herren und der würde eine andere Meinung hier wiedergeben, wie eben gerade von der SPÖ gehört und man muss wirklich betonen, dass dieses Angebot vom Thomas Rajakovics beziehungsweise, was wir heute beschließen werden, freiwillig ist. Das ist kein Zwang, das ist ein freiwilliges Angebot und wenn Arbeitslose so ein freiwilliges Angebot bei der Lebenshilfe annehmen und danach suchen, warum sollte die Stadt Graz nicht auch so ein Angebot anbieten auf

freiwilliger Basis. Ich frage, warum nicht. Aber ganz kurz, die SPÖ hat ja auch einen Abänderungsantrag vorbereitet gehabt, der erste Punkt stimmt ja eigentlich mit unserem Antrag überein nur mit der Ausnahme, dass der Bürgermeister diese Arbeitsgruppe leiten sollte eben das durchforsten des Magistrates, wo Möglichkeiten bestehen. Die neue Stadträtin hat ja heute wirklich eindrucksvoll in ihren ersten Worten beschrieben, dass sie bestrebt ist, parteienübergreifend Arbeit zu leisten. Ich bitte sie/dich, dass du vielleicht dieses Projekt als erstes Projekt ansiehst. Punkt zwei, dass man Rahmenbedingungen schafft für Ehrenamtliche. Du hast wahrscheinlich den Abänderungsantrag geschrieben, du warst im April noch nicht in diesem Gemeinderat, wir haben genau das beschlossen, nämlich der Bürgermeister leitet seit April einen Arbeitskreis, wo viele Organisationen dabei sind, wo wir bessere Rahmenbedingungen erarbeiten und da möchte ich sagen, im Landtag liegt in der Verantwortung von Franz Voves seit über einem Jahr ein Antrag, dass man Freiwillige pauschal über das Land versichern lässt nach Beispiel Tirol und bis jetzt ist nichts passiert. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Potzinger**: Sehrgeehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich zuerst einmal unserer neuen Sozialstadträtin herzlich Danke, dass sie erwähnt hat, dass es auch um einen existenzsichernden Lohn gehen muss, das Thema Mindestlohn. Danke vielmals indirekt wurde damit Hermann Schützenhöfer zitiert, der ja bekanntermaßen seit 25 Jahren sich vehement für einen würdigen Mindestlohn einsetzt. Zweiter Punkt ganz kurz, hier Wahlkampf zu unterstellen muss ich sagen, Thema verfehlt, da hat man nicht mitverfolgt, dass es diese Diskussion intensiv in Deutschland gibt, wo es ja keinen Wahlkampf gibt. Vorige Woche war ein großer Bericht in der Presse zu diesem Thema Bürgerarbeit, die Arbeitsministerin van der Leyen hat dazu eine Projektgruppe eingesetzt. Alle Bundesländer sind dabei, es wird vom europäischen Sozialfonds unterstützt, Frau Sozialstadträtin, ich empfehle intensiver als die Vorgängerin auch

die europäische Zusammenarbeit, auch was Förderungen von Projekten betrifft. Dieses Projekt hat als Zwischenbilanz diese Bürgerarbeit diese gemeinnützige Arbeit ist die konsequenteste Form des Förderns und Forderns, es läuft ein Projekt sehr erfolgreich in Sachsen-Anhalt, also es ist kein Wahlkampfgeplänkel, sondern wie Thomas Rajakovics ganz klar ausgeführt hat, jeder Mensch soll seinen Talenten entsprechend auch Leistungen erbringen und letzter Punkt, wir sehen Arbeit ja nicht nur in Form von regulär bezahlter Erwerbsarbeit, sondern auch Familienarbeit, die von und in Familien geleistete Betreuungs- und Pflegearbeit. Ist auch für die Gesellschaft wertvolle Arbeit ebenso wie die ehrenamtliche Arbeit. Ich glaube, dass wir da sehr wohl auf einen grünen Zweig kommen und als Stadt der Menschenrechte, als Stadt Graz auch hier eine Vorreiterrolle haben werden, wenn es darum geht, jedem Menschen seinen Talenten entsprechend die Möglichkeit zur Arbeit zu erleichtern. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns sind beide Themen viel zu wichtig, um hier Populismus zu betreiben. Nämlich das Thema Mindestsicherung und das Thema Ehrenamt und eine ehrenamtliche Leistung, wie sie jetzt beschwichtigend dargestellt wird, darunter ist dieser Antrag absolut nicht zu sehen, weil es steht drinnen, Gegenleistung zur Mindestsicherung und das Ehrenamt mit Mindestsicherung in Verbindung zu bringen ist einfach absolut, ja es ist beschämend (*Applaus SPÖ, Grüne und KPÖ*). Ehrenamt auf eine Basis zu stellen, auf eine neue, breit angelegte Basis zu stellen ist ganz, ganz wichtig und deshalb werde ich heute meinen Abänderungsantrag nicht einbringen, weil ich diese Verquickung nicht haben möchte. Ehrenamt und Mindestsicherung und ich möchte im nächsten Gemeinderat sehr wohl Ehrenamt gesondert, und da sind viele Argumente, die gebracht wurden absolut richtig, gesondert einbringen. Und die Mindestsicherung, das möchte ich auch noch einmal betonen, weil ich habe wirklich das Gefühl, dass viele über Mindestsicherung reden aber nicht wissen, was

Mindestsicherung ist und was Mindestsicherung wirklich bewirken soll. Nämlich Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren, das ist das große Ziel der Mindestsicherung und nicht ehrenamtliche Leistung zu erbringen. Und ich denke jetzt an Vereine wie ERFA, wir haben in Graz so gute Beispiel, es ist eines was sicher fehlt, dass es gebündelt wird, das ressortübergreifend Ehrenamt auf eine breite Basis gestellt wird und das wird der Inhalt unseres nächsten dringlichen Antrages sein und bitte heute schon um Unterstützung, aber Mindestsicherung im Kontext zu Ehrenamt ist beschämend (*Applaus SPÖ*).

**GR. Rajakovics:** Ich kann es dem Herrn Kollegen Korschelt wahrscheinlich nie Recht machen, auch bei der Jugend waren wir uns einmal einig, aber es fällt ihm scheinbar schwer, dass wir uns doch irgendwo einmal treffen. Ich wollte zum Thema, was wir in dem Gemeinderat diskutieren und wie wir argumentieren, ob das öd oder nicht ist, nicht mehr viel sagen. Aber ich würde es empfehlen als neue Stadträtin, nicht gleich in die Gemeinderatssitzung zu gehen, wenn Argumente kommen, das sind öde Argumente, die habe ich schon einmal im Landtag gehört. Weil wir hören auch etliche Dinge vom Landtag und müssen uns halt da mit Entscheidungen herumschlagen, die vielleicht nicht so ausgereift sind, unter anderem steht eben diese Mindestsicherung erst zur Diskussion in der Steiermark und ist noch nicht beschlossen in dieser Form. Ich habe aufgrund des Artikels, der in der Woche war, zwei Mails bekommen, die sehr ähnlich waren, ich sage die Namen jetzt nicht, aber ich kann jemanden das gerne zeigen, wenn er es mir nicht glaubt von Leuten, die gefragt haben, ja gibt es jetzt tatsächlich eine Möglichkeit etwas zu machen, weil sie sind jetzt schon länger beim AMS, einer ist Ingenieur, die andere ist eine Sozialarbeiterin, die gesagt haben, beim AMS bekommen sie überhaupt keine gescheiterten Angebote und sie wären froh, wenn sie irgendwas bekommen würden und wenn es in der Stadt Graz irgendein Angebot gibt, von dem sie nachher auch vielleicht einen Kontakt haben für ein zukünftiges Berufsbild für ihren eigenen Beruf etwa im Praktikum, es ist nicht so, dass die Leute

das so furchtbar finden, wenn man ihnen ein Angebot machen möchte und deshalb möchte ich das wirklich auch zurückweisen, ich habe es extra auch, im Gegensatz zum Kollegen Korschelt vielleicht ein bisschen zu weich formuliert, ich habe es extra so formuliert, dass wir die Wertschätzung des Einzelnen hervor streichen um zu betonen, dass es für uns wichtig ist, dass man Arbeit und Einkommen in einem sieht. Und liebe Kollegin, wegen Arbeit gegen Arbeitslosigkeit also als Schlagwort der Kommunistischen Partei, ja bitteschön, was ist denn das anderes, als wenn ich jemanden eine Mindestsicherung gebe und ihm gleichzeitig auch eine Arbeit anbiete. Ja um welche Arbeit geht es, wir wollen, dass Arbeit und Einkommen verknüpft werden und zwar in geeigneter Weise, sodass die Menschen, die dieses Geld bekommen, das Gefühl haben, ja wir haben da was beigetragen und uns steht das auch zu, fertig. Also das ist eine Arbeit gegen Mindesteinkommen oder etwas beizutragen gegen das Mindesteinkommen ist ja eigentlich das, was ihr wollt. Die Leute sind versichert, bekommen ein Geld und wir wollen, dass sie dafür auch einen Beitrag geben, für die Gemeinschaft, damit sie nicht als Sozialschmarotzer abgestempelt werden und damit sie selber ein gutes Gefühl haben dabei, also da sehe ich diese Argumentation von dir verstehe ich in diesem Zusammenhang nicht, weil ich glaube, genau das ist die Intention dieses Antrages und daher habe ich auch gedacht, dass wir grundsätzlich über so was durchaus weiterdenken können und diesen Antrag eben als Auftrag auch an die neue Sozialstadträtin weitergeben können. Falls er durchgeht, ich glaube, es schaut so aus, wünsche ich mir, dass wir trotz allem gemeinsam im Gespräch bleiben, dass wir tatsächlich viele Angebote finden und ich bin auch überzeugt davon, dass wir, so im Asylwerberbereich, viel mehr Menschen finden werden, die für uns oder mit uns etwas gemeinsam anpacken wollen, um auch vielleicht Kontakte zu knüpfen als wir überhaupt an Angeboten stellen können. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

***Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.***

### **3) Leitbild für die Investitionstätigkeiten der Stadt Graz**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich habe einen dringlichen Antrag hier vorbereitet und Ausgangspunkt war die Diskussion vorige Woche im Kontrollausschuss. Uns wurde vom Kontrollausschuss oder im Kontrollausschuss der Rechnungsabschluss 2009 mit der Haushaltsanalyse vorgelegt. Demzufolge stehen wir sagen wir so jetzt derzeit einmal ziemlich gerade da mit Schulden und Investitionen, Schulden und Einnahmen halten sich die Waage. Die Einnahmen liegen bei 970 Millionen Euro und die Schulden bei einer Milliarde. Aber, und darauf wurden wir sehr intensiv darauf hingewiesen, dass in diesem Schuldenstand die bereits beschlossenen Projekte nicht enthalten sind und dass es ein Projektvolumen, und das ist auch unser Zugang hier im Gemeinderat, wir beschließen fortlaufend Projekte und wir wissen, dass es in Zukunft auch natürlich das Budget belasten wird. Wir haben bereits hier noch nicht berücksichtigt 225 Millionen an Projektvolumen beschlossen, ohne die Folgekosten. So und jetzt geht es dann weiter. In den Medien werden Projekte diskutiert, wir bauen eine Gondel um 60 Millionen, wir brauchen 15 Millionen für die Thalia, wir brauchen 80 Millionen für Reininghaus, wir brauchen 150 Millionen...

***Zwischenruf GRin. Jahn: Der Karl-Heinz wollte ja die Gondel.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer:** Ja ist ja auch richtig, macht ja nichts Frau Kollegin, aber 150 Millionen brauchen wir für die Reininghaus-Infrastruktur, 140 für den Tramausbau, 124 Millionen für den Südgürtel und das auch wieder alles ohne Folgekosten. Nichtsdestotrotz also hier sind viele Investitionen vorgesehen und werden so von heute auf morgen diskutiert. Und was hat ja jetzt mit uns im Gemeinderat zu tun? Werte Kolleginnen und Kollegen, uns werden die Stücke vorgelegt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wir können die Stücke diskutieren, wir können dann diskutieren, ob man bei der Thalia vielleicht eine Haftung von fünf Millionen haben wollen oder vier Millionen oder vielleicht eine andere Haftungsart, aber wir haben keine Möglichkeit zu diskutieren, wo wir das eine Projekt gegen ein anderes hier auch inhaltlich, nämlich abwägen und ich halte es für dringend notwendig, denn wir sind hier um für die Grazerinnen und Grazer das bestmögliche herauszuholen und in dem Sinne möchte ich hier den dringlichen Antrag einbringen, damit eine Werte- und Verwirklichungsdiskussion tatsächlich stattfindet. In dem Sinne und aus der Brille was bringt das Projekt den Grazerinnen und Grazern, welcher konkreter Nutzen ist mit dem Projekt verbunden, ist diese Investition tatsächlich jetzt zu diesem Zeitpunkt notwendig, welche Folgekosten sind daraus zu erwarten, nicht zu vergessen inwieweit wird durch diese Investition die Realisierung andere beeinträchtigt. Auch das sind Fragen mit denen wir uns hier auseinandersetzen sollten. Und, wie ist ein Investitionsvorhaben in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen beziehungsweise wie schlägt es sich dort zu Buche.

Somit darf ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion hier den

### **dringlichen Antrag:**

einbringen, dass die Finanzdirektion ersucht wird, in Übereinstimmung mit dem Finanzausschuss gemäß Motivenbericht eine „Checkliste“ mit entsprechenden Kriterien zu erarbeiten, anhand der neue Investitionsvorhaben auf ihre Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit hinterfragt werden sollen und das

bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen vor Beschlussfassung und nicht nach Beschlussfassung möglicherweise durch einen Rechnungshofbericht, als eine Art „Leitbild“ für die Investitionstätigkeit der Stadt Graz und zweitens dem Gemeinderat ist quartalsmäßig ein mittelfristiger Finanzplan inklusive Finanzierungstöcke bezogen auf laufende und geplante als auch diskutierte Maßnahmen hinsichtlich der Projekt- und Folgekosten sowie damit korrespondierend eine Vorschau über die Entwicklung des Schuldenstandes vorzulegen. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich halte diesen Antrag für einen inhaltlichen Zugang, für einen qualitativen Fortschritt, den wir hier gemeinsam tätigen können und ich ersuche sie um Ihre Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Danke für diesen Antrag. Es geht hier um die Dringlichkeit deshalb trotzdem nur ganz kurz was zum Inhalt. Der Inhalt auf der einen Ebene, bessere Informationen, ja selbstverständlich ja, daran wird gearbeitet, ich komme darauf noch zurück. Das wir uns eine noch bessere Planung wünschen, selbstverständlich. Ob das mit der Checkliste so einfach ist, da bin ich mir nicht sicher, hier bedarf es doch politischer Entscheidungen, wenn wir nur einfach eine Checkliste hätten, dann könnten auch Beamte alles entscheiden, dann brauchen wir den Gemeinderat nicht. Bessere Informationen, Kriterien selbstverständlich ja, wird auch schon derzeit gemacht, Checkliste ist mir ein wenig zu einfach. Zur Dringlichkeit fällt auf, dass die Kollegin zwar nämlich im Kontrollausschuss war und ja völlig richtig das berichtet worden ist, aber sie war offensichtlich nicht im Finanzausschuss und nicht im Verfassungsausschuss, weil genau das, was gefordert wird, derzeit beschlossen wird, allerdings gegen die Stimmen der SP. In der Steuerungsrichtlinie ist genau das drinnen, Investitionsvorschau und Mittelfristplanung, das wurde leider abgelehnt. Ich verstehe es nicht ganz, wenn ich ehrlich bin. Genau das, was hier gefordert wird, machen wir schon. Eine Kleinigkeit noch zur Murgondel, wir Grünen waren die einzigen, die konsequent gesagt haben, na so einfach wird das nicht sein, da geht es um viel Geld, die SP ist auf diesen Zug aufgesprungen, der Klubobmann hat gesagt ist

durchaus interessant, sollte man sich überlegen, na klar, überlegen kann man alles, aber man muss schon auch aufs Geld schauen, das ist völlig richtig. Und eine Kleinigkeit noch, vielleicht wäre die ganze Sache doch dringlich, ich habe mir die Arbeit gemacht und den Antrag vom Kollegen heute, den Antrag nachgerechnet, der hier gestellt wurde in der Gemeinderatssitzung, ein Zusatzantrag zu einem Projekt, das 300.000 Euro kostet. Wir haben zirka 10.000 Jahreskarten in Graz, wir haben fast 5.000 Halbjahreskarten. Der Zusatzantrag, der hier so locker eingebracht wurde, hätte Kosten von 600.000 Euro ausgelöst, dazu ein Projekt von 300.000 Euro, das heißt, da geht es ganz schnell ohne Finanzplanung, da können wir ganz schnell 600.000 Euro in einen Antrag verbraten. Also da bitte, wäre mehr Finanzplanung gut, ansonsten muss ich sagen, sie findet statt, sie wird laufend verbessert, wir beschließen laufend Vorhaben in diese Richtung gegen die Stimmen der SP überraschenderweise oder nicht überraschend, wie auch immer, und die Grünen werden die Dringlichkeit ablehnen (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Liebe Kollegin Bauer, ich kann mit diesem Antrag eigentlich auch nicht viel anfangen, den gerade, wenn es um Investitionen geht, dann werden die Projekte im Gemeinderat eigentlich oder sollten im Gemeinderat diskutiert werden und letztendlich wird es immer eine politische Entscheidung sein, welche Wertigkeit jetzt die einzelnen Fraktionen und der Gemeinderat hinter so ein eingebrachtes Projekt steckt. Das wird auch mit einem Leitbild sich nicht ändern. Was die Information betrifft bezüglich quartals- und mittelfristiger Finanzplanung, also im Finanzausschuss und das möchte ich hier schon auch lobend erwähnen, Stadtrat Rüschi bringt bei jedem Finanzausschuss einen Übersichtsplan über die Finanzen, über die anstehenden Projekte, über die Investitionen, ob man natürlich mit diesen Ausgaben immer einverstanden ist, ob man Projekte für sinnhaftig hält, das bleibt einem überlassen, aber es gibt diese Informationen und es gibt natürlich auch die mittelfristige Finanzplanung. Also es liegt mir aber trotzdem auch auf der Zunge zu

sagen, in der vorhergehenden Periode gab es den Finanzstadtrat der SPÖ und damals musste ich diese Informationen durchaus vermissen, also ich denke...

**Zwischenruf GRin. Mag.<sup>a</sup> Bauer: Er hat das ja eingeführt.**

GRin. **Bergmann:** Nein ich kann mich erinnern, dass wir damals diese im Finanzausschuss nicht gehabt haben, ich bin im Finanzausschuss gewesen und ich möchte eigentlich nicht mehr dazu sagen, die KPÖ wird daher diesem Antrag weder der Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich:** Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, geschätzte Antragstellerin! Im Motivenbericht wird völlig zu Recht erwähnt, wie wichtig Investitionen für die Stadt sind, wie wichtig Investitionen vor allem in so herausfordernden Zeiten wie diese es jetzt sind und auch noch bleiben werden. Wie wohl wir wissen, es wird besser. Das Pflänzlein wächst wieder, die Konjunktur bewegt sich. Die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer und die Standardqualität der Stadt für die Unternehmen muss uns etwas Wert sein, diese Investitionen, dazu stehen wir voll, dieses Investitionsbekenntnis gibt es. Da endet dann aber auch schon die Zustimmung zu Ihrem Motivenbericht, denn wir wissen, Sie wissen auch, es gibt ein klares Reglement für Projektgenehmigungen, die im Gemeinderat stattzufinden haben, die Diskussionen, die in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss zu Projekten geführt werden, sind sehr detailliert und sind sehr fruchtbringend. Es gibt klare Bestimmungen über Projektkontrolle und Projektabwicklungskontrolle durch unseren geschätzten Stadtrechnungshof. Es gibt Kontrolle von Sollkostenrechnungen, von Folgekostenberechnungen, ich denke nur heute im Finanzausschuss hatten wir

von Urturmsanierung über Kindergarten Friedrichgasse, Verdichtung der Straßenbahnlinien alles Projekte, wo sich Ausweitungen ergeben haben, wo Projekterhöhungen beschlossen wurden. Also, all das ist meines Erachtens sehr gut abgesichert, eine Transparenz, die Sie hier einfordern ist da, insbesondere auch, wenn Sie hier erwähnen, dass irgendwelche mittelfristigen Gesamtfinanzpläne nur in Gesamtsummen dargelegt werden, verweise ich bitte insbesondere auf die Beschlussbeilagen zum Voranschlag 2010, wo sie eine sehr detaillierte AOG-Beilage finden über viele Seiten, nach Abteilungen geordnet. Sie finden in einem Gemeinderatsstück vom 14. 5. 2009 die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 wo man auch sehr viel herauslesen kann. Also die Transparenz ist da, alles in allem, wie auch schon meine Vorredner erwähnt haben, denke ich, ist es hier nicht notwendig, der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen und das werden wir auch als ÖVP-Fraktion nicht tun. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist gerade die Aufgabe der Mandatäre hier im Gemeinderat sich hinsichtlich der Planung immer ausreichend zu überlegen, wohin das Geld investiert wird. Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden und natürlich muss zwischen Projekten abgewogen werden und wir wissen alle auf Grund des Schuldenstandes der Stadt Graz, dass die Investitionen beschränkt sind, da wird mir auch der Stadtrat Rüschi grundsätzlich einmal zustimmen, das heißt, wir haben ein beschränktes Budgetvolumen, wie auch immer das Hoch sein mag in den nächsten Jahren und wir müssen ganz genau abwägen und ich glaube, wenn ich den Antrag, so wie ich dich verstanden habe, Frau Kollegin Bauer, da möchte sie dahingehend eine Unterstützung, um da innerhalb der Fraktion, aber auch unter allen Fraktionen entsprechend nachzudenken, wo der Nutzen am größten ist, sprich einer Prioritätenreihung um den Nutzen der Stadt Graz zu maximieren. Weil wir haben natürlich zwischen den Ressorts auch Konkurrenzsituationen, ob wir mehr in den

Verkehr investieren, ob wir mehr in Umweltschutz investieren, ob wir mehr in die Wirtschaftsförderung investieren, mehr im Sozialbereich, das sind konkurrierende Gebilde, konkurrierende Bereiche und wir müssen auf die Gesamtschuld der Stadt Graz schauen, wo das Geld am besten eingesetzt ist. Und da bedarf es auch von uns Mandataren und ich glaube, da ist der Kollege Frölich ein bisschen falsch gewesen in der Argumentation uns bedarf es als Mandatäre mehr Management Know-how, um zwischen diesen Projekten, zwischen der Geldverwendung, zwischen den einzelnen Bereichen abwägen zu können. Es ist völlig richtig, die einzelnen Projekte sind detailliert vorbereitet mit den Folgekosten ausgewiesen, nur die Nutzendarstellung des einzelnen Projektes ist oftmals nicht hinreichend dargestellt, was das für die Stadt Graz bedeutet, an der Parametrisierung, an den Kriterien, wie viel das für die Stadt Graz bringt. Und deswegen unterstützen wir in dieser Sinnggebung her den Antrag der SPÖ und glauben, dass der Gedanke in die richtige Richtung führt und würden uns da mehr Kreativität und mehr geistiges Aufwachen wünschen von den anderen Fraktionen, um hier gemeinsam noch mehr nachzudenken. Danke.

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich bedaure sehr, dass der Antrag keine Mehrheit findet, wobei mich einiges schon überrascht und auch verwundert, muss ich sagen. Ich meine, der Einzelprojektablauf, wir wissen, das erleben wir ja in der täglichen Praxis. Uns wird es vorgelegt, dann können wir das diskutieren, dann wird es beschlossen, kontrolliert und wir diskutieren dann hier wieder. In Summe haben wir einen Zugang, dass es die 40 Millionen aus der AOG gibt, dass die verwendet werden dürfen, die Stadtregerer präsentieren uns ein Projekt und damit hat sich die Sache gegessen, dann können wir das beschließen und damit ist es gelaufen. Mein Zugang war einfach ein breiterer und ich bedanke mich jetzt beim Vorredner, ein breiterer, dass man die Investitionstätigkeit im Gesamten sieht und ich denke schon, dass die Kollegen von der ÖVP keine Freude damit haben, denn die Fragen tun weh, die Fragen tun weh und sie sind entlarvend. Sie sind entlarvend, welchen Nutzen bringt ein Projekt den

Bürgerinnen und den Bürgern in dieser Stadt. Es tut natürlich auch weh, wenn es diese Abwägung gäbe und eine breitere Diskussion, weil dann müssten sie sich und das ist für sie wahrscheinlich unangenehm früher mit uns allen im Gemeinderat auseinandersetzen und hier würden wir zu einer breiteren Wertschätzung und Wertediskussion kommen. Mich verwundert aber auch und insbesondere, ich habe auch ein bisschen nachgelesen bei den Budgetreden des Herrn Finanzstadtrates, wo er gesagt hat, ja sehr wohl wir müssen, wir können nicht alles umsetzen, wir müssen strukturieren, Strukturreformen vornehmen und die bestmöglichen Zukunftsprojekte für unsere wunderbare Stadt entwickeln. Ja, das waren die letzten drei Budgetreden, in allen Budgetreden finden sich Ansätze dazu. Es verwundert aber auch das Interview des Herrn Bürgermeister heute in der Kronen Zeitung, was sagt, die Bedarfszuweisungen des Landes werden von vielen Gemeinden nur mehr dazu verwendet, ihre Budgetlöcher zu stopfen. Ja dahin sollen wir nicht marschieren und das soll nicht der Zugang von Graz und von uns als Gemeinderat sein. Ich finde es sehr schade, dass dieser Antrag abgelehnt wurde oder wird und damit ein qualitativ anderer breiterer Zugang vertan wird. Ja es war ein inhaltlicher Beitrag von meiner Seite, ich bedanke mich aber dennoch für die Diskussion und hoffe, ich bin auch Politikerin dahingehend, Politik heißt auch, das Bohren harter Bretter, irgendwann ist man durch, vielleicht gibt es dann irgendwann auch eine Diskussion in näherer Zukunft, vielleicht nach der Wahl, dann tut sich vielleicht die ÖVP auch leichter (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

*Unterbrechung des Gemeinderates von 18.10 bis 18.50 Uhr.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.50 Uhr den Vorsitz.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir wollen mit unserer Gemeinderatssitzung fortfahren. Herr Gemeinderat Grosz hat mich soeben telefonisch angerufen und mitgeteilt, dass er mir seinen Rücktritt als Gemeinderat jetzt einmal telefonisch und mündlich durchgegeben hat und dass er mir nach Ende der Sitzung auch schriftlich ein Fax schicken wird, wo er es unterfertigt hat, weil dann ist es erst gültig. Der Herr Gemeinderat Sikora ist mit Fieber gerade nach Hause gegangen, er ist auch erkrankt, damit entschuldigt.

#### **4) Absicherung der Schienen-Fernverkehrsverbindung Graz-Linz**

GR. **Hagenauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe diesen dringlichen Antrag ein aus einem aktuellen Anlass. Wie Sie vielleicht auch den Medien entnommen haben in den letzten Tagen gibt es Überlegungen von Seiten der ÖBB nicht nur die verbliebenen zwei IC-Kurspaare von Graz nach Linz einzustellen beziehungsweise nur mehr Busse fahren zu lassen, sondern wie wir erfahren haben sind auch Mitte nächsten Jahres, dann ist auch die Einstellung von weiteren Schnellzugsverbindungen inneralpin, das heißt also nach Salzburg und Innsbruck und auch sogar nach Wien, geplant. Der Hintergrund ist der, dass auf der Straße, das heißt

die Autobahnverbindung von Graz nach Linz, wie Sie wissen, ausgebaut wurde, während die Schiene, darf ich untertänigst um ein bisschen Aufmerksamkeit bitten, danke vielmals, die Schiene über weite Strecken auf der Phyrnbahn noch genau in dem Zustand ist, wie vor 100 Jahren, ich weiß nicht von welchem Kaiser damals eröffnet wurde. Das ist natürlich daher auch gar kein Wunder und logisch, wenn man dann hergeht und sagt, ja schaut her, es fahren immer mehr Leute mit dem Auto beziehungsweise wird immer mehr mit dem Lkw transportiert und die Schiene verliert an Frequenz. Wenn es so ist, wie auf der Phyrnbahn, dass die Bahnhöfe, wie gesagt, im Zustand von vor 100 Jahren so gut sind, dass die heutigen Züge sogar zu lang sind um selbst am Bahnhof sich zu kreuzen geschweige denn auf der offenen Strecke, weil die ist nur eingleisig, dann kann man sich ungefähr ein Bild machen, was natürlich eine derartige Strecke an Frequenz aufweist. Die Reisezeiten kennen wir, wenn das derartig extrem über dem der Reisezeit auf der Straße liegt, dann ist die Konsequenz völlig klar, dass der Personenverkehr zurückgeht. Und das ist natürlich ein Teufelskreis von dem Graz betroffen ist. Wenn das jetzt nur eine Nebenbahn ist, dann verstehen Sie mich nicht falsch, dann wird sich diese betroffene Region um dieses Thema kümmern müssen. Worum es aber hier geht, das ist eine ganze Nummer größer oder zwei Nummern. Da geht es nämlich um die Verbindung der beiden, der zweit- und der drittgrößten Stadt Österreichs, da geht es nicht um die Erreichbarkeit eines Seitentals, sondern da geht es um den Standort Graz, damit also um den Standort der ganzen Steiermark und das kann nicht so sein, dass man uns blauäugig mit dem Argument daherkommt, ja schaut her, die Frequenz nimmt ab, sondern das kann nur darum gehen, dass man von Seiten aller Beteiligten die Verantwortung wahrnimmt und sagt, ja bitteschön, wenn die Verbindung so schlecht ist, dann ist ja doch wohl die Antwort völlig klar, die muss ausgebaut werden. Ich kann nicht hergehen und kann den Schienenverkehr auf derart wichtigen Strecken, wie der Verbindung, wie gesagt, der zweit- und drittgrößten Stadt Österreichs einfach schön langsam stilllegen. Da rede ich noch nicht davon, dass es sich hier auch um eine europäische Trasse handelt durchaus von der Nord- beziehungsweise Ostsee über Prag, Linz, Graz hinunter in den Balkanraum und zur Adria. Jetzt habe ich keine Silbe

darüber gesprochen vom Umweltschutz und von all diesen Dingen. Das versteht sich ohnehin von selbst.

Ich stelle daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Petitionsweg die Österreichische Bundesregierung, insbesondere die für Verkehr, Innovation und Technologie zuständige Bundesministerin auf, umgehend für die dauerhafte Absicherung der Schienen-Fernverkehrsverbindung Graz-Linz sowie für ein akzeptables Angebot für die Fahrgäste auf dieser Bahnstrecke zu sorgen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Kollege Peter Hagenauer hat ein richtiges Thema heute auf diese Tagesordnung der dringlichen Anträge gesetzt. Wir von der sozialdemokratischen Partei können dem, was er gesagt hat, vollinhaltlich zustimmen, aber was uns schon etwas verwundert ist, dass der Antrag, den er heute einbringt, sich kaum ändert oder kaum eine Änderung vorsieht gegenüber meinem dringlichen Antrag, den ich vor einem Jahr hier an diesem Rednerpult eingebracht habe. Ich habe nämlich vor ziemlich genau einem Jahr, nämlich am 24. September hier diesen Antrag eingebracht, der in etwa lautete: Der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin und die ressortverantwortliche Verkehrslandesrätin beauftragen beziehungsweise ersuchen, umgehend die ÖBB aufzufordern, die geplante Einstellung der Schnellzugsverbindung zwischen Linz und Graz aufzuheben und diese IC-Verbindung beizubehalten. Genau der gleiche Kollege, der heute diesen dringlichen Antrag einbringt hat dann vor einem Jahr gesagt, das ist ihm zu wenig, es gehören Verantwortliche genannt und hat einen Abänderungsantrag

eingebraucht und der ist dann auch angenommen worden und damals hat er auch wieder geschrieben in seinen Abänderungsantrag, der Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin, die heute auch hier anwesende Bürgermeisterstellvertreterin und die Verkehrslandesrätin Christina Edlinger-Ploder beauftragen beziehungsweise ersuchen, umgehend Frau Bundesminister Doris Bures aufzufordern und, und, und, nämlich erstens, die geplante Einstellung der Schnellzugverbindungen zwischen Linz, Graz, dass die nicht erfolgt und Ausbau der Phyrnbahn zwischen Selztal und Linz. Anscheinend hat sowohl die Frau Vizebürgermeister in dieser Frage wenig Erfolg gehabt, weil ich nehme ja nicht an, dass damals dieser dringliche Antrag untergegangen ist, ich nehme an, dass ja sowohl Lisa Rücker als auch Christina Edlinger-Ploder als zuständige Verkehrslandesrätin hier aktiv geworden sind. Anscheinend in einem Jahr nichts zuwege gebracht hat, dass genau der Kollege, der vor einem Jahr gesagt hat, Lisa Rücker und Christina Edlinger-Ploder mögen hier Gas geben, mögen hier versuchen Ergebnisse nach Graz zu bringen, heimzufahren, kommt heute her, stellt den gleichen Antrag, der in der Sache ja richtig ist, aber lässt jetzt die zwei Verantwortlichen Partnerinnen, anscheinend selber nicht mehr in der Überzeugung, im Glauben, im Wissen, dass diese beiden genannten Damen in dieser Sache etwas weiterbringen, stellt einen ähnlichen Antrag. Ich finde, das ist eine ganz tolle Geschichte, die natürlich unterstützt gehört und gerade wir als Sozialdemokraten helfen wo wir helfen können und wenn wir auch einer grünen Vizebürgermeisterin helfen können...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist aber nett.***

GR. **Eichberger:** ...und einer schwarzen Verkehrslandesrätin ist uns das ein großes Bedürfnis und aus diesem Grund werden wir selbstverständlich diesem dringlichen

Antrag sowohl was die Dringlichkeit betrifft, als auch was den Inhalt betrifft selbstverständlich unsere Zustimmung geben und sollte es sich wieder einmal herausstellen, dass die beiden Damen in Wien sich nicht entsprechend durchsetzen können, vielleicht die falschen, die weniger griffigen Argumente haben oder möglicherweise nicht vordringen zu den entscheidenden Stellen, sind wir wieder einmal gerne behilflich hier als Brückenbauer, und auch Kollege Peter Hagenauer hat mich ja das letzte Mal schon als Brückenbauer auch bezeichnet in dieser Debatte zu diesem Thema, sind wir auch gerne bereit, hier behilflich zu sein und euch zu helfen, endlich dieses leidige Thema, wo wir wirklich diese Verbindung brauchen und da Spaß bei Seite und Ironie auf der Seite gelassen, wir brauchen ganz, ganz dringend die Verbindung und es geht wirklich um Standortfragen, es geht um Wirtschaftsfragen und, und, und. Aus diesem Grund volle Unterstützung für diese Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich namens meiner Fraktion gleich zur Dringlichkeit melden und kann eigentlich zu diesem Gesamtthema ÖBB und Anschlussverbindungen innerhalb Österreichs, vor allem was die Landeshauptstädte anbelangt, nur mehr den Kopf schütteln. Ich weiß nicht, was die Frau Bundesministerin gemeinsam mit den Verantwortlichen der ÖBB überhaupt im Schilde führt. Bahnhöfe mit enormen Summen auszubauen, um sie de facto danach lahmzulegen, das versteht überhaupt kein Mensch mehr. Ich fordere ja die Frau Bundesministerin auf, uns überhaupt solche Diskussionen zu ersparen, inklusive ÖBB (*Applaus ÖVP und Grüne*), weil diese egoistische Haltung, dass alles nur in Richtung Wien fließen kann, dass selbst die nächstgrößeren Landeshauptstädte wie Graz, wie Linz, wie Salzburg dermaßen vernachlässigt werden, ist in einem föderalistischen Staat eigentlich ein Armutszeichen der Sonderklasse. Ich verstehe auch nicht, wie es möglich ist, dass eine Bahn in der Schweiz, dass eine Bahn in Deutschland, dass eine Bahn in Frankreich mittlerweile Milliardengewinne pro Jahr abwirft und wie es bei

uns soweit sein kann, dass wir dauernd nur mehr darüber reden, dass alles verpfändet wurde, dass keine Grundstücke mehr von der ÖBB da sind, dass wir de facto dauernd die Takte einstellen, dass wir nicht einmal im Nahverkehrsbereich Unterstützung kriegen, es ist eine Schande. Und Klaus Eichberger, ich kann dich nicht verstehen...

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Misswirtschaft wie es im Buche steht.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...dass wir überhaupt über solche Dinge debattieren müssen und es ist gut, dass wir alle an einem Strang ziehen, aber wenn ich höre, dass das Bundesministerium uns ausrichten lässt, auch ein sozialdemokratisches Ressort, dass Stübing nicht mehr interessant ist und jetzt fragt einmal die Verantwortlichen, im Ministerium in Wien bitte haben die lieben Herrschaften hier gesagt, wieso habt ihr soviel Häuser mittlerweile aufgestellt, das waren einmal ja nur 30. Redet einmal mit den Verantwortlichen, unglaublich. Ich habe mit dem Karl-Heinz Herper gesprochen, er hat mir eine Hilfe wieder zugesichert und hat mit der Frau Ministerin auch draußen gesprochen, aber wenn wir hier ein Berg- und Abenteuerfilmfestival haben, wo über Nacht abgesagt wird, 30.000 Euro, ist ja nichts Neues, haben wir seit Jahren, reden wir immer wieder über dieselben Themen und ich glaube, es ist notwendig, dass wir auch gemeinsam versuchen und ihr habt einen besseren Zugang zu sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern und dort, aber bitte macht denen draußen in Wien einmal klar, dass wir es Leid sind, über solche Themen überhaupt zu diskutieren und dass wir ja nie genau wissen, was hinterm Semmering bedeutet. Manchmal habe ich das Gefühl, von Meereseite aus betrachtet, da sind andere hinterm Semmering, die dieses Land Österreich nicht einmal mehr sehen, weil es vor lauter Wien, Wien, Wien nur du allein, drauf vergessen wird, das ist wirklich ein

Skandal, dass eine Zugverbindung zwischen den zwei größten Städten nebst der Bundeshauptstadt überhaupt diskutiert wird, einzustellen. Das sind ja Provinzbahnhöfe dann oder was aus deren Sicht, da können wir alle nicht mehr mit und deswegen unterstütze ich jeden Antrag, auch jedes Gespräch, ich fahre gerne auch mit dir, mit allen Sozialdemokraten hinaus nach Wien, um das einmal genauso deutlich in den Ministerien zu vertreten. Ich frage mich da manchmal, ob das wirklich nur die politischen Entscheidungsträger sind, oder ob wir da nicht einmal auch mit der Verwaltungsebene in Wien ein Gespräch führen müssen, weil da glaube ich, tickt auch manche Uhr ein bisschen anders und das sollten wir einmal zum Ausdruck bringen. Wir gehen mit dem Inhalt mit, mit der Dringlichkeit, wer immer diesen Antrag stellt, kriegt da unsere Unterstützung und bitte nicht darauf ausreden, dass eine Landesrätin oder Stadtverkehrsreferentin die ÖBB-Züge dann auf einmal zahlen soll. Mittlerweile haben wir es in der Steiermark geschafft, das 20 % der täglich abfahrenden und ankommenden Züge vom Land Steiermark finanziert werden und die ÖBB trotzdem nur Milliardenverluste einfährt und das man dort ein Beharrungsvermögen im gesamten Betrieb hat, auch liebe Grüße einmal an die Gewerkschaft bei den Österreichischen Bundesbahnen, wenn sie lang noch so weiter tun, werden wir wie bei der AUA die Übernahmeverhandlungen dann von der Deutschen Bahn haben und da gehört einmal was gemacht (*Applaus ÖVP*). Wir gehen im Inhalt und in der Dringlichkeit mit. Ärgert mich.

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich kann mich auch noch sehr gut an den Antrag des Kollegen Eichberger vor einem Jahr erinnern und daher finde ich es natürlich schade und traurig, dass der Antrag heute wieder gestellt werden muss, weil eben sich die Bedingungen nicht verbessert haben. Selbstverständlich gilt das natürlich auch für unsere Fraktion, dass wir dem Antrag uneingeschränkt unsere Zustimmung erteilen, sowohl die Dringlichkeit als auch natürlich dem Inhalt. Und die Vorredner, alle drei Vorredner, haben ja bereits darauf

hingewiesen, dass es selbstverständlich nicht so sein kann, dass seitens der öffentlichen Hand, in diesem Fall des Bundes beziehungsweise der ÖBB, da ein Kaputtsparen passiert und wo die Menschen, die darauf angewiesen sind, dann abgeschnitten werden von dieser wichtigen Infrastrukturellen Versorgung und ich meine auch, dass es Aufgabe des Bundes ist, den Personenfernverkehr zu finanzieren und auch in entsprechender Qualität zur Verfügung zu stellen und das bedeutet natürlich auch, und da freue ich mich auch, dass das von den anderen Fraktionen offensichtlich auch so gesehen wird, dass es nicht die Aufgabe und die Pflicht des Landes Steiermark sein kann und sein soll, hier die Finanzierung zu übernehmen, sondern dass das der Bund zur Verfügung zu stellen hat. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Hagenauer:** Geschätzter Herr Kollege Eichberger! Ich kann mich natürlich erinnern an den Antrag von ehemals, er war gerichtet an die Frau Vizebürgermeisterin und an die Landesrätin und ich habe gesagt, das macht wenig Sinn, zuständig ist Ihre Parteifreundin Bures. Man soll jetzt nicht so tun, als ob die Grazer Vizebürgermeisterin und die Landesrätin zuständig wären, dass diese Verbindung hergestellt wird und das ist auch ganz logisch und nachvollziehbar. In der Tat, das nutzt nichts, es geht nicht drum, dass hier das Land Steiermark und die Stadt Graz nicht zuständig sind für die Intercityverbindungen in Österreich, das ist in Gottes Namen, Kollege Eber hat es gerade gesagt, in Gottes Namen Bundessache und Sache der ÖBB und wenn sie nicht einmal mehr die Intercityverbindungen als ihre eigene Sache betrachten, dann bleibt dahinter eh nichts mehr übrig, weil inzwischen, wie wir ja wissen, durch die EU-Gesetzgebung ohnehin auch die Liberalisierung beginnend mit dem internationalen Verkehr Platz gegriffen hat, bereits und Platz greifen wird, in Zukunft noch verstärkt. Ich möchte aber noch eine Anmerkung machen an der Stelle,

weil das Schicksal der ÖBB für mich ja sehr vieles symbolisch darstellt überhaupt über die Entwicklung und über die Debatte von Liberalisierung in diesem schönen Land. Wir sind in Österreich in der Tat, und die ÖBB zeigt das sehr schön, in einer Situation, wo man sagt, das ist so etwas wie, die Ringer nennen das einen Doppelnelson, auf der einen Seite noch ein Zustand wie in der k&k-Monarchie und ein Bewusstsein und auf der anderen Seite schon den Neoliberalismus im Hals und dazwischen leider läuft die ÖBB, man sieht es in diesen Tagen, wirklich Gefahr, völlig zerrieben zu werden. Unglaubliche Zustände, irgendwo zwischen Breschnew und Kaiser Franz Josef wie der neue Direktor, wenn Sie sich erinnern, gesagt hat neulich, die ÖBB hat keine Kostenrechnung. Ich meine, das ist ja ein Wahnsinn und auf der anderen Seite die Gefahr, dass man dann sagt, weg damit, Herr Bürgermeister, da mache ich mir Sorgen, was die ÖVP anbelangt, weg damit und das tun wir jetzt filetieren, das tun wir jetzt privatisieren, das schließen wir der Deutschen Bahn an, diese Bestrebungen gibt es ja und abschließend, liebe Kollegen von der FPÖ und dem BZÖ, wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass man euch an irgendeine Verantwortung nicht heranlassen darf, dann ist es die ÖBB. Forstinger, Schmid und Co lassen, vom Gorbach rede ich gar nicht, lassen grüßen. Eine Spur der Verwüstung, eine Parteibuchwirtschaft, eine Misswirtschaft, Sie wissen, ich nenne das an der Stelle immer eine Projektion, der Umstand, dass Sie so viel von Misswirtschaft und von Parteibuchwirtschaft reden, hat ursächlich damit zu tun, dass es sich dieses Ihres Problems zu sehr bewusst sind. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## **5) Investieren mit Hirn – Innovative Lösungen zur Stromversorgung**

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Es geht um ein Thema, was heute schon öfters Gegenstand der Diskussionen war, es geht um Investitionen. Eine wichtige Frage, wie viel investieren, was investieren, Kriterien sind heute schon gefallen, all das ist natürlich wichtig zu beachten. In dem Zusammenhang investieren mit Hirn, Innovative Lösungen zur Stromversorgung. „Erst wenn der letzte Fluss verbaut ist, werdet ihr erkennen, dass man vom Strom nicht leben kann“ – könnte die modifizierte Form einer alten Weissagung der Cree lauten. Was passiert derzeit in der Steiermark? Allen Anschein nach will die ESTAG die Mur auf ihrer vollen Länge verbauen – zu den fünf geplanten Kraftwerksprojekten gehört unter anderem die Staustufe Puntigam. Rund 20.000 Menschen haben inzwischen schriftlich ihre Ablehnung gegen dieses Kraftwerk kundgetan. Die Reaktion der ESTAG scheint nur darin zu bestehen, ihre Mitarbeiter, höchstwahrscheinlich illegal, zum Unterschriftensammeln für das Kraftwerk zu nötigen. Das wird man noch anschauen, das wird noch geprüft werden. Jedenfalls verweigert die ESTAG jegliche sachliche Diskussionen, indem sie sich bei Diskussionsrunden entschuldigen lässt, wo es um das Kraftwerk geht, vor kurzem geschehen. Aber hier geht es nicht um die ESTAG, hier geht es um die Stadt Graz. Zuverlässigen Quellen zufolge soll die Energie Graz eine 50%ige Beteiligung an diesem Kraftwerk übernehmen. Die gesamten Kraftwerkskosten in der Größenordnung von 100 Millionen, das heißt, die 50%ige Beteiligung heißt, 50 Millionen in dieses Kraftwerk investieren, 50 Millionen sozusagen, in der Mur versenken, könnte man auch böse sagen.

Diese 50 Millionen gibt eine Firma aus, die mehrheitlich im Besitz der Stadt Graz steht, wir werden in Zukunft hier auch darüber entscheiden können, das hat sich ja verbessert, der Gemeinderat wird über solche Dinge entscheiden können und deswegen sollten wir uns überlegen, ob wir mit diesen 50 Millionen nicht etwas sinnvoller machen können.

Wäre es nicht sinnvoller, ökonomisch und ökologisch, mit diesen 50 Millionen Euro Elektroheizungen auf Fernwärme umzustellen und damit vielleicht sogar mehr Strom

einzusparen als diese Staustufe produziert? Wäre es nicht sinnvoller, wieder ökonomisch und ökologisch, damit elektrische Warmwasserversorgung auf Solaranlagen und Fernwärme umstellen und wiederum den Strom einzusparen, den diese Staustufe Puntigam produziert?

Oder wäre es nicht deutlich innovativer und langfristig wesentlich sinnvoller, dieses öffentliche Geld in Forschung zu stecken für andere Energiequellen und Forschungsergebnisse zu liefern, die energiesparende Innovationen zur Folge haben und somit letztendlich allen zugute kommen, allen Grazerinnen und Grazern und natürlich auch dem Wirtschaftsstandort. Wir könnten auf diese Art auch 8000 Bäume retten, die diesem Projekt wahrscheinlich zum Opfer fallen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, 50 Millionen Investitionspotential sollten es wert sein, darüber ausgiebig nachzudenken. Ganz im Sinne von: Investieren mit Hirn, Sparen mit Herz.

Deshalb stelle ich namens der grünen Gemeinderatsfraktion folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der für Beteiligungen zuständige Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüschi wird im Sinne des obigen Motivenberichts mit der Berechnung alternativer Investitionsvorschläge im Energiebereich für 50 Millionen Euro bis Ende November 2010 beauftragt. In diesen Investitionsvorschlägen sind jedenfalls Szenarien zur Umstellung von Elektroheizungen auf Fernwärme und zur Umstellung elektrischer Warmwassererzeugung auf Solaranlagen beziehungsweise Fernwärme zu integrieren. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller! Wie viele dringliche Anträge heute ist auch

dieser nicht sehr konkret und ob so viel Hirn im Antrag ist, wie im Titel erwähnt, sei einmal dahingestellt (*Applaus FPÖ*). Bei den Grünen kennt sich in punkto Energiepolitik ohnehin keiner aus, einmal sind sie gegen den Atomstrom, jetzt sind sie plötzlich gegen die Wasserkraft. Wie werden wir in Zukunft überhaupt unseren Strom bekommen? Der Koalitionspartner ist auch nicht überzeugt, darum dieser Antrag heute, sie nützen die Bühne hier für einen Koalitionsstreit über die ESTAG. Hier wollen wir Ihnen keine Bühne geben und dass sie von alternativer Energie nicht immer was halten, das beweist auch ein Versäumnis aus der Vergangenheit. Auf der Messehalle wären die Möglichkeiten gewesen für Solarenergie, damals hat es keine Durchsetzung dieser gegeben. Wir sind ja auch nicht gegen alternative Energieformen, die sind ja grundsätzlich positiv, Solarenergie, Windenergie, das sind ja alles Naturressourcen, die wir nutzen können und dagegen sprechen wir uns auch nicht aus. Manchmal ist es natürlich bauarchitektonisch nicht möglich und ich komme zum Schluss, weil das alles für uns nicht nachvollziehbar ist, gibt es heute ein nein zur Dringlichkeit und zum Antrag selbst (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Namens der Volkspartei darf ich auch zur Dringlichkeit reden. Erstens die Weissagungen der Cree-Indianer hier zu zitieren in der Landeshauptstadt Graz ist für mich doch ein bisschen weit hergeholt. Was den letzten Baum von Graz anbelangt, möchte ich nur darauf hinweisen, dass das Land Steiermark für die Landeshauptstadt Graz im Grüngürtel vorgesehen hat, dass ein Drittel der Fläche, die wir selbst ausgewiesen haben, ein Drittel der Fläche nur bindend ist, wir haben uns darüber hinaus gebunden, ich möchte nur anmerken, dass der Wald in der Landeshauptstadt Graz jährlich einen Nettozuwachs von drei Prozent hat. Jeder der in seinen Garten geht und das ganze Jahr beschäftigt ist,...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, aber man kann auch gerne an unseren Laufstrecken einmal schauen, wie es wuchert und wächst, vom letzten Baum in Graz kann noch nicht die Rede sein. Ich glaube auch nicht, dass wir den Fluss vergiften werden, wie der Cree-Indianer gesagt hat, sondern dieses Murkraftwerk gibt uns Gelegenheit unser Kanalprojekt nach europäischen Normen mit einzubauen und was den letzten Fisch anbelangt, glauben Sie mir, wir arbeiten momentan daran, die Stadtregierung und den Gemeinderat dann mit seriösen Nachrichten zu informieren. Diese zuverlässigen Quellen kenne ich nicht, ich weiß nur in etwa, dass dieses Projekt 85 Millionen Euro kosten soll. Mir hat weder der Bund sprich Verbund noch das Land Steiermark, sprich die ESTAG angeboten hier mit 50 Millionen Euro mit einzusteigen, das hieße ja fast, dass wir das gesamte Projekt übernehmen, aber ich danke für die Anregung, wir werden einmal drüber debattieren, ob wir als Energieversorgungsunternehmen nur im Handel bleiben sollen oder nicht vielleicht auch in der Produktion wieder mit dabei sein sollen. Aber über Beträge zu reden, die es gar nicht gibt und das ist mir auch wichtig und dann zu sagen, jetzt probieren wir gleich Alternativprojekte mit einem Geld, das wir gar nicht haben und das noch gar niemand verhandelt hat, das ist für uns weder dringlich noch vom Antrag her zu unterstützen (*Applaus ÖVP*).

StR. **Herper**: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsbank, Kolleginnen, Kollegen des Gemeinderates! Das Kyoto Ziel, 34 Prozent des Energiebedarfs erneuerbar zu machen, darf kein Lippenbekenntnis sein, das ist für uns ganz klare Vorgabe. Entweder müssen wir die Energie mit dem Nachteil von hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen oder mit dem Problem der ungelösten Entsorgung hochverstrahlter Brennstäbe gewinnen, deswegen wenden wir uns ja entschieden gegen die Vorgaben der deutschen Bundesregierung, die Laufzeiten im Nachbarland für Atomkraftwerke zu verlängern, oder wir forcieren weiter den Ausbau heimischer regenerativer Energie wie Wasserkraft, aber auch Biomasse, Wind und Voltaik. Allein durch

Energiesparmaßnahmen allein werden wir diese Ziele, die uns durch die Kyoto-Vorgaben vorgegeben sind, nicht erreichen können, obwohl wir uns sowohl in der Stadt als auch im Land sehr bemühen und auch forcieren. Grundsätzlich, ich hätte mir ja gewünscht, die Andrea hätte den Antrag eingebracht, weil sie ist ja die Frontfrau in Energiefragen und kundiger als ich, aber, lieber Gerhard Wohlfahrt, du bist der Durchrechner, was das Zahlenmaterial betrifft. Ich kann dir nur sagen, von unserer Seite aus grundsätzlich ist die im Antrag angesprochene Umstellung von Elektroheizungen auf Fernwärme oder die Umstellung elektrischer Warmwassererzeugung auf Solarenergie beziehungsweise Fernwärme nur zu begrüßen und dies ohne Wenn und Aber. Das wurde ja in diesem Gemeinderat, Gerhard Topf weiß es genau, er nicht mir zu, schon längst sehr dringlich eingestuft, dass entsprechende Maßnahmen längst im Laufen sind auch eingeleitet durch die Vizebürgermeisterin. So gesehen bedarf es dieses dringlichen Antrages nicht. Es bedarf noch zusätzlich dieses dringlichen Antrages nicht, wie mir der Bürgermeister versichert hat, wird in der ersten Sitzung der Stadtregierung Anfang Oktober das Thema Staustufe Puntigam auf der Tagesordnung stehen. Es wird also erhöhte Informationsgebung sein und wir werden uns informieren können und wir werden dann noch immer Pro und Kontra abwägen dürfen. Wenn du damit meinst, lieber Gerhard, dass alternative Investitionsvorschläge darauf abzielen, das Murkraftwerk verhindern zu wollen, dann kommt von mir, von Seiten der Grazer SPÖ; auch ein klares, deutliches Wort, nämlich da gibt es kein entweder/oder. Wir bekennen uns klipp und klar zum Murkraftwerk, weil dies für uns und für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger und für die Energieversorgung ein wichtiges Projekt ist. Ungeachtet dessen erwarten wir selbstverständlich, wir werden es auch immer wieder einfordern und dies konsequent, dass ebenso Solarenergie forciert wird, ich verweise nur darauf, Select in der Steiermark hat bereits 300 Kunden mit einer Million Kilowattstunden Sonnenstrom, das wir also ebenso die Solarenergie forcieren; dass Fernwärme forciert wird, das ist aus unserer Sicht aus eine Selbstverständlichkeit und bedarf dazu keines dringlichen Antrag. Deswegen die Dringlichkeit nein und Inhalt auch nein. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Antragsteller Gemeinderat Wohlfahrt! Die Grünen sind ja nicht unbedingt bekannt als Gral der Wirtschaftspolitik und auch nicht der Energiepolitik. Dennoch wissen wir alle, und da bin ich durchaus unisono mit den anderen einer Meinung, dass die Energiewirtschaft und die Energiepolitik ein ganz zentraler Bestandteil der Politik ist und die Position des BZÖ ganz klar ist, alles zu unternehmen, um die Autarkie im Bereich Energieversorgung in Österreich voranzutreiben. Und das ist natürlich ein Langfristprojekt und das kann natürlich nur erfolgen, wenn im Bereich der regenerativen Energien wir die Potentiale ausnützen, die Österreich zur Verfügung hat und bei allen Aufzählungen vermisse ich auch den Bereich der Biomasse, die neben Wind- und Solarenergie enorm beitragen können, gerade nämlich regional wirklich vor Ort hier diese Ressourcen zu nutzen zu wirklich vertretbaren Preisen, ohne dass es einer industriellen Verarbeitung bedarf, wirklich auch der bäuerlichen Bevölkerung entsprechend Einkommen zu verschaffen, Arbeit zu verschaffen, Arbeit war ja heute auch im Gemeinderat oft ein Thema, und die Wertschöpfung sozusagen im Inland zu lassen und sie nicht an irgendwelche internationalen Konzerne oder Ölmultis oder sonstige zu verschwenden. Ich denke daher, dass dem Antragsteller das Thema ein wichtiges Anliegen ist. Ich bin, auch wenn ich den Intentionen des Antrages persönlich nicht folge, der Meinung, man soll durchaus hier Gedankenfreiheit gewähren und über Alternativen immer wieder nachdenken, um auch die eigene Position zu verifizieren und abzustecken und ich würde nur den Vorschlag unterbreiten, weil ja sonst auch Personalressourcen betroffen sind beim Herrn Stadtrat Rüscher, dass man eine Ergänzung macht im Antrag oder eine Abänderung des Antrages macht, „der für die Beteiligung zuständige Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüscher wird im Sinne des obigen Motivenberichtes mit der Berechnung alternativer Investitionsvorschläge im Energiebereich für 50 Millionen Euro bis Ende November 2010 beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalressourcen.“ Das erscheint mir ganz wichtig, weil sonst mit diesem Antrag automatisch Personalerhöhungen verbunden sind, Dienstpostenerhöhungen und da

muss ich dann schon sagen, da müsste diese Aufgabe anderweitig von den Grünen erledigt werden. Dankesehr (*Applaus BZÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Die ökologische Komponente, glaube ich, könnte man im Klimaschutzplan nachschauen, im Klimaschutzplan steht drinnen, dass Wasserkraft nicht geeignet ist, die Klimaschutzziele zu erzielen. Das heißt, wir brauchen auf jeden Fall die Energieeinsparung, man könnte mit Karl-Heinz Herper reden und sagen, beides wäre sinnvoll, darüber könnte man diskutieren, aber das spielt es in der Realität nicht, beides wird nicht wirklich stattfinden, dazu kennen wir die Politik zu gut. Das heißt, wenn das eine „Groß“kraftwerk gebaut wird, „groß“ unter Anführungszeichen, „groß“ beim Geld nicht bei der Stromerzeugung, wenn dieses gebaut wird, werden andere Ziele wahrscheinlich nicht erfüllt werden. Das ist auch ein Punkt, warum wir gegen dieses Kraftwerk sind nebst diesen ökologischen Zielen, die Auswirkungen sind ja völlig unklar sind, Frischluft für Graz und dergleichen können wir hier in der Kürze nicht näher diskutieren. Was mich schon etwas überrascht, ist die Frage der ökonomischen Darstellung. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, er weiß nicht genau, wie man auf die 50 Millionen kommt. Es ist relativ klar, die Kraftwerkspläne liegen bei 83 Millionen, im Zuge der UVP kommt einiges dazu, wir könnten uns hier auf rund 100 einigen, können auch 90 sein oder 95, ist schon denkbar. Und dann habe ich noch erfahren vom Vorstand der Graz AG, dass die ESTAG dieses Projekt als wirtschaftlich nicht nur besonders lukrativ darstellt und eigentlich will, dass sich die Energie Graz mit 50 % beteiligt, das ist nicht Kaffeesudlesen, das ist immerhin der Vorstand der Graz AG, der das sagt. Und wenn der Vorstand der Graz AG darüber nachdenkt, dann müssen wir das schon ernst nehmen, oder vielleicht ist es auch ein Hirngespinnst wie andere Sachen, die vielleicht nicht kommen, das wäre uns nur recht. Also wenn sich die Energie Graz hier nicht beteiligt, wenn das der Stand ist, finde ich das positiv, dann soll das wirklich die ESTAG machen, aber dass eine Beteiligung der Stadt Graz, eine Firma der Stadt Graz

sich an diesem Kraftwerk mit diesen Unsummen beteiligt, das finde ich hochproblematisch und wenn wir hier einer Meinung sind, dass das nicht stattfinden soll, dann finde ich das gut und würde das hier gerne festhalten und gehe eigentlich relativ zufrieden von dannen, weil ich weiß, dass zumindest keine Beteiligung der Stadt Graz hier dieses Geld in der Mur vergräbt. Ansonsten, jetzt kommt es, dass man es vielleicht doch gut findet, zuerst war die Frage, wie komme ich darauf, dass 50 Millionen eingesetzt werden, also ich glaube, das wäre schon sehr dringlich, dass man hier nachschaut, weil ich höre schon heraus, dass hier eine Firma der Stadt Graz Geld einsetzen will, also jetzt ist mir das nicht mehr ganz klar, umso dringlicher wäre es, hier nachzuschauen, was hier passiert. Ich bitte um Annahme der Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **6) Fußgängerübergänge in Graz**

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier um ein leidliches Thema, das uns im Gemeinderat immer wieder beschäftigt. Seit vielen Jahren bringen immer wieder GemeinderätInnen zahlreiche Anträge zur Errichtung beziehungsweise zur Wiedererrichtung von Fußgängerübergängen im Grazer Gemeinderat ein.

Die Antwort auf solche Anträge lässt nicht nur lange auf sich warten, sie ist in den meisten Fällen auch nicht zufriedenstellend. Zum Großteil werden solche Anträge nämlich abgelehnt, zumeist mit der Begründung, ein Zebrastreifen könne wegen mangelnder Verkehrssicherheit oder aufgrund einer zu geringen Fußgängerfrequenz nicht errichtet werden.

Der Wunsch nach einer sicheren Querung von Straßen in Graz wird in erster Linie aber von besorgten Bürgern und Bürgerinnen an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte herangetragen.

Auch in den Bürgerversammlungen und bei Bezirksratssitzungen in allen Bezirken der Stadt sind die Forderungen von Schutzwegen immer wieder auf der Tagesordnung, und das seit Jahren. Die Begründungen für die Ablehnung sind in den meisten Fällen für die betroffenen BürgerInnen nicht akzeptabel und nachvollziehbar, sodass unerledigte Anträge wiederholt eingebracht werden müssen.

Im RVS-Merkblatt des Bundesministeriums zum nicht motorisierten Verkehr wird die Möglichkeit der Errichtung von Querungshilfen angeführt, welche die Sicherheit am Schutzweg gewährleisten sollen.

In Graz aber bekommt man den Eindruck, dass solche Querungshilfen bei Sanierungen nicht mitberücksichtigt oder ganz bewusst aus Kostengründen eingespart werden, sonst könnte es nicht sein, wie beispielsweise in der Eckertstraße in Eggenberg, bei einer völlig neu sanierten Straße, wo das Schienennetz, die Straßenbahnhaltestellen, der gesamte Straßenbelag und anderes erneuert wurden, plötzlich ein Fußgängerübergang zu einer Straßenbahnhaltestelle nicht mehr möglich ist, selbst dann nicht, wenn sich in unmittelbarer Nähe ein Seniorenheim befindet.

Die neue Ausrichtung der Verkehrsexperten, Fußgängerübergänge an nur mäßig frequentierten Straßen grundsätzlich abzuschaffen, trägt nicht zur Sicherheit der

VerkehrsteilnehmerInnen bei und ist für die Grazerinnen und GrazerInnen jedenfalls nicht zumutbar.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

### **dringlichen Antrag:**

- 1) Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz und der oder die zuständige Stadtsenatsreferent/in haben Sorge zu tragen, dass in Zukunft bei Sanierungen von Straßen bereits vorhandene Fußgängerübergänge möglichst erhalten bleiben und durch bauliche Maßnahmen, sprich Querungshilfen, den gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen entsprechend angepasst werden.
- 2) Bei der Erarbeitung des neuen Mobilitätskonzeptes 2020 soll die Notwendigkeit der Errichtung von gesicherten Fußgängerübergängen für die Zukunft mitberücksichtigt werden, und zwar auch außerhalb des innerstädtischen Bereichs (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Fußgängerübergänge, ein scheinbar banales Thema für den Grazer Gemeinderat für einen dringlichen Antrag. Auf den ersten Blick vielleicht, vor allem wenn ich zurückdenke an meinen Einstieg in den Grazer Gemeinderat. Im April 2008 haben wir gleich zwei dringliche Anträge oder Petitionen zu Tibetkrise hier behandelt. Ich denke aber, dass dieser Antrag wahrscheinlich für die Bevölkerung in Graz bei weitem mehr Relevanz hat als unsere Überlegungen damals zur Tibetkrise, vor allem wenn es um Lebensqualität und Wohlfühlqualität im unmittelbaren Wohnumfeld geht. Ich habe selbst als Bezirksvorsteher, und da sitzen ja auch einige Mandatäre hier herinnen, die Erfahrung in der Bezirksarbeit auch gesammelt haben, sehr, sehr oft damit zu tun

gehabt und habe einmal auch die leidvolle Erfahrung machen müssen, dass eine Maßnahme erst gesetzt wurde, nachdem das erste Todesopfer zu beklagen war. Und das will ich eigentlich nie mehr erleben und deshalb finde ich diesen Antrag toll, toll, dass du dich darum gekümmert hast und ich hoffe, dass uns auch eine gute Umsetzung gelingen wird. Wie du es richtig anführst, gibt es drei Arten aus meiner Sicht von Problemen in dem Zusammenhang: das erste ist die Frequenz, oft auch damit zusammenhängend, dass der Zeitpunkt, wann gezählt wird, manchmal sehr ungeschickt gewählt wird, wobei man immer, wenn möglich sich eh abspricht mit den Anrainern, dann passt es eigentlich eh. Das zweite, was für mich viel dramatischer ist, ich habe selbst so einen Fall, ich habe dreimal mit der Verkehrskommission gesprochen, mein Nachfolger wieder ein-, zweimal, im Bereich Kapellenstraße am Wagrain dort bei der Feuerhalle, eine tolle Unterführung, die Straße viel schneller geworden, die Kinder müssen zur Schule gehen, der Gehweg endet, die Verkehrskommission sagt, viel zu gefährlich für einen Fußgängerübergang und es passiert überhaupt nichts.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. Mag. **Haßler**: Ok, ich hoffe, dass dann in Zukunft, aber wie gesagt, ich habe als Erster das Thema aufgegriffen vor vier oder fünf Jahren, also wirklich Uralt-Thema und das dritte, ja die schlimmste Form, wenn man Fußgängerübergänge sicherer macht, auch wieder Beispiel Straßgang, Straßganger Straße Harter Straße, wo wir vom Bezirksrat aus eine Initiative gesetzt haben, diese Kreuzung umzubauen mit gar nicht so geringem finanziellen Aufwand, und seit einigen Wochen ist dort eine Plakatwand, wo ein ÖVP-naher steirischer Landeshauptmannstellvertreter in seiner vollen steirischen Breite die Sicht auf den Schutzweg verdeckt, sodass die Autofahrer,

die mit höherer Geschwindigkeit hinkommen, beim Einbiegen nichts sehen, erst im letzten Moment den Schutzweg sehen. Ich glaube, dass da die Behörden aufgerufen sind, solche Missstände zu verhindern. Wenn schon solche Verkehrssicherheitsmaßnahmen gesetzt werden, dann muss auch darauf geachtet werden, dass die Sicherheit erhalten bleibt. In dem Sinne werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Das Thema Fußgängerübergänge oder Querungshilfen ist natürlich vom Anfang an eines, das uns in vielen Diskussionen auf verschiedenen Ebenen beschäftigt und nicht erst, seit ich Referentin bin für Verkehrsfragen. Es ist ein Thema der Verkehrssicherheit, und auf den ersten Blick ist es nachvollziehbar und es zeigt ja auch eine Not. Es zeigt die Not, dass Menschen sich auf der Straße oft sehr unsicher fühlen und das Gefühl ist ja auch nicht umsonst gegeben, leider zeigen auch die Unfallzahlen, dass wir zwar merken, dass die Unfallzahlen für Insassen innerhalb von Pkw sehr stark zurückgehen, die Verletzungs- und Todeszahlen im Bereich der Fußgänger/Fußgängerinnen aber stagnieren. Insbesondere seit der Gesetzesregelung im Jahr 2005, als dieser absolute Vorrang für FußgängerInnen mit gutem Willen eingeführt wurde, aber mit einer sehr unkonkreten Formulierung. Diese unkonkrete Formulierung besagt, dass man, wenn man ein Zeichen setzt, die Straße zu überqueren, dass das Fahrzeug anzuhalten hat. Was dazu führt, dass mit zunehmender Entwicklung in den letzten Jahren leider die Anhaltebereitschaft deutlich zurückgegangen ist und sich desto schneller die Straße ist, desto weniger Fahrzeughalter daran halten. Diese Gesetzesgrundlage ist auch die gegenwärtige Diskussion im Bereich der StVO-Novellierung, weil es eine Konkretisierung braucht, damit für Autofahrende genauso wie für FußgängerInnen die Regelung klarer ist, weil leider das dazu geführt hat, dass Fußgängerinnen/Fußgänger sich sehr sicher fühlen und auch der Begriff Schutzweg leider impliziert, dass das eine sichere Möglichkeit ist, über die Straße zu kommen und oft leider nicht mehr geschaut wird, was ja eigentlich

notwendig wäre, wenn man die Straße quert. Das heißt, die Zahlen zeigen und auch die Entwicklung zeigt, dass wir hier einen Notstand haben. Nach wie vor ist jedes fünfte Todesopfer auf der Straße eines, das auf dem „Schutzweg“, unter Anführungszeichen, auf dem Zebrastreifen umkommt. Für die Bewertung von der Errichtung von Überquerungshilfen gibt es verschiedene Kriterien, das eine ist die Geschwindigkeit; alles, was über 55 km/h hinausgeht, ist für einen unregelmäßigen Übergang nicht geeignet. Das zweite Thema sind die Sichtweiten, sehr viel diskutiert, wo es darum geht, welche Sichtkeile auch, ich habe jetzt nachgelesen, ÖAMTC und ARBÖ sagen beim Thema Verkehrssicherheit, das größte Problem im Schutzwegebereich ist, wenn Fußgänger/Fußgängerinnen wegen parkender Fahrzeuge nicht gesehen werden. Dazu gibt es unterschiedliche RVS, nicht nur in Österreich, dazu gibt es auch welche in der Schweiz und in Deutschland, dort werden die Sichtkeile noch viel größer bemessen, als wir sie hier in Graz jetzt erleben, aber auch in Österreich als Norm haben. Also prinzipiell ist das Thema Sichtweiten in dem Zusammenhang auch zu sehen. Die Verkehrsfrequenz ist natürlich ein Thema, desto weniger Leute über die Straße gehen, desto weniger Anhaltebereitschaft, weil die Fahrzeuglenker damit nicht rechnen, und natürlich der Straßenquerschnitt ist ein Thema. Jetzt gibt es vom VCÖ, aber auch von ARBÖ und ÖAMTC sehr starke Wünsche, Zebrastreifen aus diesen Gründen zu reduzieren. Man sagt, dass ungefähr 1000 Zebrastreifen in Österreich auf das schnelle Hinschauen eigentlich nicht mehr richtig sind, wo sie derzeit sich befinden, weil eben diese ganzen Kriterien nicht gegeben sind. Das will einem nicht gefallen, das verstehe ich, und wir werden jetzt in Graz nicht herangehen, Zebrastreifen abzubauen, sondern manchmal nach einer Errichtung einer neuen Haltestelle ergibt sich eine andere Sichtsituation und dann können wir einen Zebrastreifen nicht mehr dort errichten, wo er vorher war. Das ist leider so, im Fall der Eckertstraße gab es eine Verhandlung, die ich veranlasst habe, um das noch einmal zu prüfen wegen des Seniorenheimes, aus den anderen Kriterien ist dort leider an der Stelle, wo die jetzt gewünscht wird, nicht möglich. Ich möchte noch etwas dazu sagen kurz, 40 % der Unfälle passieren in der Nacht, wir haben eine massiven Beleuchtungsoffensive in diesem Bereich, Geschwindigkeitsmessungen

wieder aufgenommen und wir arbeiten in den Schulen mit den Leuten. Aber es geht auch darum, dass Fußgänger und Fußgängerinnen in ihrer Selbstverantwortung im Straßenverkehr gestärkt werden. Deswegen lehne ich die Dringlichkeit jetzt in dem Fall ab, weil wir nicht einfach aufmachen können, dass wir sagen können, alle Bezirkswünsche können wir einfach umsetzen, es wird jeder Wunsch sehr genau geprüft, deswegen dauert es auch immer ein bisschen, und manchmal abgelehnt leider aus Verkehrssicherheitsgründen, die gut argumentierbar sind (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Aus Respekt vor der Redezeitbeschränkung, den die Frau Vizebürgermeisterin leider nicht an den Tag legt, ganz kurz. Gegen 9.00 Uhr früh heute Morgen musste ein GVB-Bus vor einem Zebrastreifen in der Neuholdaugasse eine Notbremsung einlegen, weil der Fahrer offensichtlich zu schnell unterwegs war...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Schröck**: Sagte ich gerade, Herr Kollege, aufpassen, habe ich ja gesagt. Vermutlich, eine Notbremsung ist meistens, wenn man zu schnell ist, vermute ich. Wie auch immer, dabei wurden Fahrgäste, darunter auch ein Fünfjähriger, verletzt und auch unter diesem Aspekt ist dieser Antrag ein wichtiger und sinnvoller Antrag und von uns gibt es selbstverständlich die Zustimmung zur Dringlichkeit, sollte es dazu kommen, auch zum Inhalt (*Applaus BZÖ*).

GR. **Mayr:** Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion lehnt die Dringlichkeit in dem Fall ab, allerdings unter der Voraussetzung, wir haben das im Vorfeld auch besprochen, dass dieses Thema, das wirklich nicht nur sehr aktuell ist, sondern auch sehr wichtig ist und eine wirkliche Bedeutung auch in der aktuellen Diskussion in Graz hat, konsequent und zügig auch derzeit vom Straßenamt zu bearbeiten ist und wir hoffen, dass wir in den vielen Fällen, die neuralgischen Kreuzungen, um die es auch geht, und die Schutzwege, die hier betroffen sind, möglichst rasch auch zu einem Ergebnis kommen, das Versprechen ist eben da, deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab, dass das derzeit in Prüfung ist und wirklich aktuell behandelt wird. Zunächst einmal die Sicherheit an Schutzwegen ist natürlich durch die aktuelle Situation teilweise eine trügerische, das wissen wir alle, es ist eine trügerische Sicherheit sowohl für die FußgängerInnen, genauso allerdings natürlich auch für die Autofahrer und Autofahrerinnen, die in diesem Bereich betroffen sind. Natürlich hat es auch was mit Selbstverantwortung zu tun, weil ein Thema dort auch am Schutzweg immer das entscheidende ist, nämlich, habe ich Recht oder lasse ich zu, dass auch einmal der andere Recht hat. Aber wie gesagt, davon abgesehen birgt ein Schutzweg gerade auch für Kinder, für schwächere Personen an sich einmal das Gefühl, hier bin ich sicher und das ist oft nicht der Fall, deswegen verstehe ich die Diskussion um das Thema, aber, und das ist jetzt das Entscheidende: Ich glaube, wir dürfen nicht mit der Schablone auf dem grünen Tisch über die Kreuzungspläne von Seiten des Amtes hier drüberfahren, man muss sich jede Situation, jeden Schutzweg individuell anschauen und, und das ist der zweite Punkt, es gibt zum Thema Querungshilfen ja nicht nur die Sichtkeile oder Ampeln, sondern es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wir haben uns, Kollegin Bergmann sicher auch, angesehen, was es hier an Richtlinien auch im deutschsprachigen Raum gibt, und hier gibt es viele Varianten und für jede Kreuzung, für jeden Schutzweg ist unter Umständen eine andere dann die hilfreiche. Also, die Bitte wäre wirklich, dass man hier diese konkret genannten Schutzweg sehr genau durchgeht, die entsprechenden Querungshilfen verschiedener Art überprüft und natürlich auch in den Wohngebieten, wo die Parksituation sehr prekär ist, Geidorf, Jakomini, Leonhard, darauf schaut, dass man Lösungen findet, wo die Parkplätze

erhalten bleiben, der Fußgänger aber trotzdem, vielleicht durch ein Vorrücken in den Straßenraum hinein, die gute Sichtbeziehung bekommen kann. Wie gesagt, wir hoffen und erwarten uns auch, dass das jetzt wirklich ein Thema wird, das abgearbeitet wird, deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Liebe Lisa! Ich habe mir da einige Punkte aufgeschrieben, die du jetzt vorgetragen hast. Erstens Anhaltebereitschaft ist zurückgegangen und du sprichst vor allem auf schneller befahrenen Straßen. Dort wo wir Fußgängerübergänge, die gefordert werden, im Grazer Stadtgebiet haben wir eigentlich überall eine 50 km/h-Beschränkung und zum Teil wird langsamer auch noch gefahren. Der Schutzweg lässt unkontrolliertes Begehen aufkommen, das stimmt schon, es wurde auch den Fußgängern signalisiert, sobald du am Schutzweg bist, muss der Autofahrer stehen bleiben. Und die Eigenverantwortung der Fußgänger hat abgenommen, also dem kann ich zustimmen. Aber trotzdem, wie soll ich erklären den älteren Damen in Eggenberg, soll ich ihnen sagen, ihr könnt jetzt überfahren werden, entweder auf dem Schutzweg oder ohne Schutzweg und aus diesem Grund ist es gescheitert, wir machen gar keinen Schutzweg. Also schaut, wie ihr über die Straße kommt, irgendwie werdet ihr schon drüber kommen. Also das wird jetzt die Antwort sein, die wir natürlich jetzt diesen Bürgerinnen und Bürgern und den SeniorInnen dort sagen werden und wir werden sie auch zu dir schicken. Parkende Fahrzeuge verhindern die Sicht, das stimmt schon, aber nicht in allen Straßen gibt es diese parkenden Fahrzeuge. Wir haben heute auch wieder einen Antrag auf einen Schutzweg am Grillweg, dort sieht die Situation ganz anders aus und es gibt eben in diesem Merkblatt sind eben verschiedene Querungshilfen, wie es auch der Kollege Mayr angeführt hat angeboten. Das heißt, es kommt immer nur auf den Willen drauf an, was ich daraus mache. Ich hoffe, du möchtest nicht die 1000 Zebrastreifen, die in ganz Österreich überfällig sind, alleine in Graz abschaffen und Haltestellen, wenn ich schon neue Haltestellen eigentlich plane, dann denke ich mir,

macht es Sinn, auch hier eine gute Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger mitzuplanen. Dass es nicht so ist wie am Herrgottwiesweg, wenn ich über einen Schutzweg erreichen könnte die Haltestelle, muss ich jetzt über drei Schutzwege rund um die Kreuzung gehen, ich frage mich, wer das wirklich macht und du kannst dort hinstellen, dort werden Eltern mit Kleinkindern, mit Kinderwagen überall dort hinübergehen, wo eben gerade dieser Schutzweg nicht ist, weil der Weg zu weit ist. Es tut mir leid, dass dieses Thema jetzt die Dringlichkeit nicht findet, die einzige Möglichkeit wird sein, dass wir den Gemeinderat weiterhin bei jeder Gemeinderatssitzung wahrscheinlich mit Schutzwegforderungen beschäftigen müssen. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **7) Feuerwehr**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Neben den sozialen Problemen gehört das Thema Sicherheit zu den wichtigsten für die Bürger in der Stadt Graz. Sehr oft haben wir von dieser Stelle aus über das Thema Sicherheit in Graz diskutiert, wobei wir oft feststellen mussten, dass wir als Gemeinderäte nur ersuchen oder vorschlagen können. Gerade beim Thema Sicherheit sind uns in der Zusammenarbeit mit der Polizei oftmals die Hände gebunden. Dies ist sicherlich nicht

nur die Einschätzung des Antragsstellers. Ich verweise auf den Sicherheitssprecher der Grazer SPÖ Klaus Eichberger, der in Sachen Sicherheit, so wie ich, oft von dieser Stelle aus gegen Gummiwände gekämpft hat. Ebenso muss erwähnt werden, dass auch der Handlungsspielraum unseres Herrn Bürgermeisters, trotz aller Bemühungen, ein eingeschränkter ist und dass er sich oft nur als Bittsteller den Sicherheitsbehörden gegenüber stellen muss.

Nun erregt aber ein sehr wichtiger Aspekt rund um das Thema Sicherheit, für den die Gemeinde aber volle Zuständigkeit hat, mit Recht das Interesse der Grazer Öffentlichkeit. Es handelt sich hierbei um das Feuerwehrwesen und um den Katastrophenschutz in der Landeshauptstadt Graz.

Berichte in den Grazer Medien verheißen hier leider nichts Gutes, wobei am Einsatzwillen und am Können der Männer und Frauen - Sie erlauben meine Anrede als Feuerwehrmann - der Kameradinnen und der Kameraden der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr und den Betriebsfeuerwehren kein Zweifel besteht.

Zweifel bestehen allerdings an der politischen Führung, die für das Feuerwehrwesen in der Stadt Graz im weitesten Sinne verantwortlich ist. Hier fehlt es unserer Meinung nach an Visionen und an Durchschlagskraft. Gelinde gesagt gleicht das gegenwärtige Erscheinungsbild mehr einem Pech-, Pleiten- und Pannendienst als einer politischen Führung mit Konzept. Aus den vielen Ungereimtheiten der letzten Wochen seien nur 12 Punkte herausgegriffen, wobei in der Aufzählung kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird:

1. Das Verhältnis der Berufsfeuerwehr zur Freiwilligen Feuerwehr bedarf einer genauen Definition.
2. Nebenberufliche Tätigkeiten bei der Berufsfeuerwehr Graz bedürfen einer genaueren Überprüfung.
3. Anschaffung von 4 Feuerwehrfahrzeugen ohne Prüfung durch den Rechnungshof der Stadt Graz.
4. Der Einsatz von Frauen bei der Berufsfeuerwehr ist bislang unregelt.
5. Die Absage des traditionellen Sommerfestes der Berufsfeuerwehr Graz

6. Mangelnde Identifikation der schwarz-grünen Regierungsparteien und der zuständigen Stadtsenatsreferenten mit der Freiwilligen Feuerwehr Graz, Stichwort außerordentliche Wehrversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Graz am Sonntag 12.9.2010.
7. Die Überstundenregelung und Abgeltung bei Berufsfeuerwehr Graz
8. Detaillierte Aufschlüsselung und Klärung der Finanzierung der Freiwilligen Feuerwehr Graz.
9. Der Antrag im Gemeinderat von mir vom 22.4.2010 wurde bis heute nicht einmal ignoriert.
10. Die allgemeine Stimmungslage in der Berufsfeuerwehr Graz.
11. Der Hochwasserschutz in Andritz.
12. Die stadträtliche Zuständigkeit für die Berufsfeuerwehr Graz.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für das Feuerwehrwesen und den Katastrophenschutz der Landeshauptstadt Graz zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, bis spätestens 1. Dezember 2010 eine Enquete zum Thema Zukunft und Visionen für Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz in der Landeshauptstadt Graz unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit zwischen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr Graz und der einzelnen Firmenfeuerwehren zu veranlassen.

Neben den Führungsorganen beider Grazer Feuerwehren, dem Leiter der Abteilung für Katastrophenschutz sollen auch die Führungsorgane des Landesfeuerwehrverbandes, die Abteilung 20 - Katastrophenschutz der Steiermärkischen Landesregierung, der Herr Magistratsdirektor, der Herr

Rechnungshofdirektor, Mag. Hübel als Sicherheitsbeauftragter der Stadt Graz und die zuständigen Gemeinderäte eingeladen werden.

Ausdrücklich möchte ich noch dazu sagen, nachdem das schon im Umfeld oder im Vorfeld für Diskussionen gesorgt hat: Ich weiß schon, dass unter diesen zwölf Punkten einige Punkte schon erledigt wurden, aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es mir darum gegangen ist, dass viele dieser Punkte in den Zeitungen abgehandelt werden mussten, bevor die zuständige Führung erst reagiert hat. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus FPÖ*).

**GR. Martiner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen des Gemeinderates, lieber Gemeinderat Harry Korschelt, vor allem auch Feuerwehrmann der Freiwilligen Feuerwehr Graz. Vorweg die Sozialdemokratie wird diesem Dringlichkeitsantrag der Dringlichkeit die Zustimmung geben und auch dem Inhalt. Und, lieber Harry, du hast sehr viele wichtige und richtige Punkte in deinem Motivenbericht angemerkt und angeführt und vor allem es ist richtig, dass gerade der Sicherheitssprecher der Sozialdemokratie, unser Klaus Eichberger, schon sehr viele Initiativen immer gesetzt hat für die Sicherheit der Grazerinnen und Grazer und für unsere Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr der Stadt Graz. Du hast natürlich auch gesagt und angeführt, dass natürlich diese zwölf Punkte nicht vollständig sind, aber ein bisschen irritiert hat mir bei der Wichtigkeit, dass du bei 12 Punkten für Visionen und Thema Zukunft und Visionäre ansetzt, im Feuerwehrwesen den Punkt 5 die Absage des traditionellen Sommerfestes der Berufsfeuerwehr Graz hast du eingeführt, es könnte auch Inhalt sein, aber ich glaube, es gibt brisantere Themen und es brennt ja sprichwörtlich auch unterm Hut. Wenn das schon so weit ist, dass die Personalvertretung mit Unterstützung der Gewerkschaft sogar schon das Arbeitsgericht einschalten musste, mittlerweile schuldet ja die Stadt Graz den Berufsfeuerwehrmännern fast 2,9 Millionen Euro von rund 105.000 Überstunden. die nicht zuletzt auf Grund der Personalknappheit geleistet werden mussten, die aber

von der Stadt Graz nie ausbezahlt geworden sind. Aber nicht nur das, schlimmer noch, auch die durchschnittliche Wochenarbeitszeit soll von 61,5 auf 64,4 Stunden erhöht werden und, erlaubt mir jetzt ein Zitat, das von einem Arbeitsrechtsexperten Dr. Fritz Klein von einer verfassten Klagschrift, „Untersuchungen zeigen, dass der menschliche Organismus während der Nacht besonders empfindlich auf Umweltstörungen und auf bestimmte belastete Formen in Arbeitsorganisationen reagiert und dass lange Nachtarbeitszeiträume für die Gesundheit der Arbeitnehmer nachteilig sind und ihre Sicherheit bei der Arbeit beeinträchtigen können.“ Der geplante Eingriff ist daher keinesfalls zu rechtfertigen und das muss auch Thema sein bei einer Enquete mit Visionen, Zukunft und Visionen für das Feuerwehrwesen, denn das Wesentlich ist, das ist der Punkt, für die Sicherheit unserer Berufsfeuerwehrleute einzutreten und für die Sicherheit der Stadt Graz. Danke, wir werden beiden Punkten zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Werter Gemeinderat, sehr geehrter Kollege Martiner! Es ist sehr interessant, dass so ein Interesse gerade von der SPÖ ausgeht, hat uns nicht letztlich Kollege Walter Ferk uns viele Punkte dieser 12 Punkte als Erbe mit auf den Weg gegeben. Das muss man da schon an dieser Stelle sagen. Lieber Harry, an dieser Stelle, wir schätzen dich als einen sehr verlässlichen und großen Mitstreiter der nicht nur der Freiwilligen Feuerwehr, sondern der Feuerwehr allgemein. Zu deinen 12 Punkten, oder besser gesagt 12 Thesen, möchte ich Folgendes sagen in Absprache mit der Berufsfeuerwehr, dass viele Punkte bereits abgearbeitet sind, einige befinden sich gerade in der Umsetzungsphase und das muss ich an dieser Stelle sagen, dass einige auch schlichtweg falsch sind, die möchte ich jetzt anführen. Lieber Harry, du schreibst die Anschaffung von vier Hilfsleistungsfahrzeugen wurde ohne die Prüfung des Stadtrechnungshofes abgewickelt, das ist schlichtweg falsch. Hier ein Dankeschön an den Stadtrechnungshof. Ein weiterer Punkt, du schreibst, dass der Einsatz von Frauen bislang bei der Berufsfeuerwehr ungeregelt ist. Stimmt nicht, es sind sowohl

die räumlichen als auch die sanitären Möglichkeiten geklärt, es wurde auch Rücksicht genommen in der letzten Ausschreibung, leider haben sich keine Damen gemeldet, aber vielleicht, wenn wir gemeinsam Werbung machen, wird da was draus. Du schreibst über die Unklarheit der Zuständigkeit der Freiwilligen Feuerwehr. Lieber Harry, das ist falsch, du musst nur das Landesfeuerwehrgesetz durchlesen, da ist das klar geregelt und du schreibst, dass die schwarz/grüne Koalition anscheinend kein Interesse hat oder ein Problem mit der Identifikation, ich glaube, man kann uns viel vorhalten, nur das sicher nicht. Ich selbst mache jetzt auch den Grundkurs, vielleicht sehen wir uns dort. Über alle anderen Punkte hat uns die zuständige Stadträtin eingeladen, ausführlich zu sprechen über alle 12 Punkte. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Feuerwehren der Stadt Graz bedanken, bei der Berufs-, bei der betrieblichen Feuerwehr und bei der Freiwilligen Feuerwehr, dass sie für uns 24 Stunden am Tag da sind. Dankeschön, und wir können der Dringlichkeit aus diesen Gründen, weil kein neuer Punkt unter den 12 Punkten ist, keine Zustimmung geben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Wieder ganz kurz. Die 12 Punkte, soweit ich das erkennen konnte, finden sich nicht im Antragstext wieder. Deswegen kann ich auch nicht erkennen, warum diese 12 Punkte nun der ausschlaggebende Grund für die Nichtanerkennung dieses Antrages sein sollten, denn der Antragstext bezieht sich ganz allgemein auf die Verbesserung des Betriebsklimas in den einzelnen Feuerwehren und zwischen den Feuerwehren, bezieht sich auf die einzelnen Aufgabenbereiche, und was daran jetzt unbedingt so schlecht sein soll, mir nicht unbedingt klar. Und wenn du sagst, dass sich einige der vielen angesprochenen Punkte schon von selbst erledigt haben, ist das gut, ich denke aber, dass noch weitere Punkte in diesen Fragen...

***Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.***

GR. **Schröck**: Ja, ja, ist schon gut, wann wird es das Gespräch geben?

***Zwischenruf GR. Hohensinner: In den nächsten 14 Tagen.***

GR. **Schröck**: Na gut, na dann hat wenigsten der Antrag ein bisschen was bewegt schon im Vorfeld, das ist ja gut. Aber wir werden natürlich dem Antrag die Dringlichkeit und auch dem Inhalt die Zustimmung geben (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Gemeinderat, liebe Kollegen im Gemeinderat! Natürlich wieder symptomatisch, dass sich weder der Herr Bürgermeister, der ja teilweise zuständig ist für die Freiwillige Feuerwehr und für den Katastrophenschutz, noch die Frau Stadträtin, die für die Berufsfeuerwehr zuständig ist, zu Wort gemeldet hat. Beim Herrn Bürgermeister weiß ich, dass sein Herz für die Feuerwehr schlägt, bei der Frau Stadträtin bin ich mir nicht ganz so sicher, glaube, ihre Tätigkeit erschöpft sich darin, dass sie rote Teppiche auslegt und dann glaubt, dass das mit der Feuerwehr was zu tun hat (*Applaus FPÖ*). Zum Kollegen Hohensinner, lieber Kurti, es ist nicht gemeint die Identifikation der Regierungskoalition oder wie auch immer ist nicht gemeint, dass du dich, das kündigst du ja schon seit einem halben Jahr an oder dreiviertel Jahr an, dass dich endlich einmal einem Kurs unterziehst, sondern konkret war gemeint, dass es am 12.9. für die Freiwillige Feuerwehr eine sehr wichtige

Sitzung gegeben hat beim Lindenvirt und da war von Schwarz/Grün war nichts zu sehen, es war weder von euch jemand da, weder war der Herr Unsicherheitssprecher der Grünen zu sehen, also es war eine sehr „eintönige“, unter Anführungszeichen, Veranstaltung, also von der großen Identifikation ist nichts zusehen, und dann möchte ich noch auf einen Punkt darauf eingehen, die Anschaffung dieser vier Fahrzeuge, da sagst du auch, lieber Freund, sagst du auch die Unwahrheit dann, weil du bist nicht Mitglied des Rechnungshofes oder des Ausschusses, sondern das war sehr wohl, dass dann der Kauf dieser Fahrzeuge zurückgestellt werden musste, weil der erste Kauf nicht vom Rechnungshof geprüft wurde. Also bleiben wir bei der Wahrheit dann, also es sind schon Sachen, du versuchst, das Kind mit dem Bade auszugießen. Es tut mir sehr leid, dass wieder einmal eine Chance verabsäumt wurde, hier über dieses doch sehr wichtige Thema und für uns, für den Gemeinderat, eigentlich auch bestimmendes Thema zu reden. Natürlich ein Gespräch mit der Frau Stadtrat ist sehr nett, aber es ist natürlich ein Unterschied, ob doch vom Land und von Berufsfeuerwehr, von der zuständigen Betriebsfeuerwehr usw. Fachleute sprechen oder wir uns hier zu einem Kaffeekränzchen treffen und dann halt wieder einmal auseinandergehen. Also ich glaube, hier ist wieder einmal eine Chance versäumt worden. Ich hoffe, ich will jetzt nicht die Cassandra vom Dienst sein, ich hoffe, dass aber nichts passiert, aber wie es jetzt ausschaut, kann natürlich jederzeit etwas passieren und ich glaube, dass dann, falls etwas passieren sollte, dass sowohl der Herr Bürgermeister als auch die Frau Stadträtin in dem Fall in die Pflicht genommen werden. In diesem Fall leuchtet schon das rote Licht, es heißt Ende dann für Feuerwehr. In diesem Sinne tut es mir leid, dass wieder einmal eine Chance nicht ergriffen wurde (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, geschätzter Kollege Korschelt! Du kannst sicher sein, dass die Grazer Volkspartei heute diese Dringlichkeit nur abgelehnt hat, die gesamten Problemstellungen, die es immer wieder gibt, auch die Absage des

Vereines der Feuerwehr bei einem Sommerfest, die Schwierigkeiten mit der neuen Dienstzeitregelung und vieles mehr sind sicher wert, dass man darüber reden. Muss das jetzt wieder dringlich gemacht werden oder nicht.

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Bei der Feuerwehr ist es immer dringlich, wenn es brennt.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wenn es brennt, ist es dringlich, da hast du schon Recht. Wie hat heute einer gesagt? Es brennt schon unterm Hut. Ich habe geglaubt, es brennt der Hut, aber es brennt jetzt unterm Hut und selbstverständlich werden wir diese Punkte im Rahmen...

***Zwischenruf GR. Mag. Korschelt unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, gemeinsam, werde ich dir nur sagen, weil du gesagt hast, schade dass es nicht passiert. Über das werden wir reden und wir werden drüber reden, wir haben ja demnächst auch wieder eine gemeinsame Veranstaltung und wir werden dort, ob wir das jetzt Enquete nennen oder sonst wie, ist gleich, werden wir diese Punkte, die da anscheinend zum Teil ungeklärt sind, wo es auch zum Teil Missverständnisse gibt, einfach klären. Mir ist es wichtig, dass unsere Damen und Herren der Feuerwehr sowohl bei den Freiwilligen als auch die Herren bei der Feuerwehr das Gefühl haben, dass die gesamte Politik der Stadt Graz hinter ihnen

steht und das nicht dauernd zum Streitthema wird, weil das wirkt sich nicht besonders motivierend aus und das müsste man wieder hinkriegen. Deswegen sage ich dir jetzt unabhängig von der Dringlichkeit zu, dass wir diese Punkte selbstverständlich behandeln und den Termin haben wir ja schon, wenn wir uns wieder bei der Feuerwehr treffen, da sind auch viele der von dir gewünschten Personen dabei, können auch noch mehr einladen und dann können wir über diese Punkte reden, dass man sie wieder wegbekommen aus der politischen Diskussion und dass es runder läuft, als es in letzter Zeit leider auch der Fall war, weil solche Umstellungen bei der Feuerwehr natürlich ihre Irritationen auslösen und es heißt mehr Dienste, es heißt aber auch mehr Entschädigung und, und, und wird unterschiedlich gesehen. Wir haben leider auch die Klage der Personalvertreter, habe ich überhaupt keine Freude, weil das ist das erste Mal, aber es war halt auch nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen und wir wissen auch, welche Probleme es im Dienstsysteem gegeben hat und wir haben auf der einen Seite diese Mehrmannschaft zugesagt, die ist ja angenommen worden. Auf der anderen Seite brauchen wir auch ein Dienstzeitsystem, das unseren Offizieren, vor allem unserem Branddirektor, die Möglichkeit gibt, auch die Mannschaft wirklich vor Ort und da zu haben, und auch das Thema Nebenbeschäftigungen, weil du das da angeschnitten hast, dann höre ich schon auf, haben wir nicht nur besprochen, sondern da gibt es mittlerweile ein Verwaltungsgerichtshofurteil, das klar aussagt, dass Nebenbeschäftigungen da sein dürfen und wir eine Regelung haben, dass sich die natürlich nicht auf diesen, falls jemand seine gutachterlichen Tätigkeiten macht, nicht auf das Gebiet Graz beziehen darf. Also da gibt es ganz klare Regelungen, weil ich glaube, da müssen wir viel ausreden, ich werde deinen heutigen Wunsch auch wieder zum Anlass nehmen, dass wir gemeinsam mit dir und vielen anderen diese Punkte klären.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Kürzung der politischen Fördermittel durch die Stadt**

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Partei, aber auch andere Fraktionen sind ja nicht gerade zimperlich, wenn es darum geht, mit voreiligen Schuldzuweisungen in unsere Richtung zu hantieren. Ich erinnere hier an ein harmloses Moscheespiel, wo Hysterie erzeugt worden ist...

*Zwischenruf GRin. Jahn: Deswegen ist die Immunität aufgehoben worden.*

GR. **Sippel**: ...und Sie sich auch erfolgreich einer längst notwendigen Diskussion zu diesem Thema verweigert haben. Aber ich erinnere auch da dran, dass man hergegangen ist, nachdem dieser grausliche und verabscheuungswürdige Anschlag im Asylantenheim Puntigam passiert ist, dass man hergegangen ist und versucht hat, uns das auch in die Schuhe zu schieben, dieser Schuss ist halt auch nach hinten losgegangen. Ich habe bis jetzt nichts davon gehört, dass da irgendein Naheverhältnis in Richtung FPÖ besteht und da ist auch Ihr Hirngespinnst, Ihr Versuch einer Konstruktion und einer Mittäterschaft in sich zusammengebrochen. In dieser Phase der versuchten Umsetzung des einzigen wahrscheinlich, so kommt es mir zumindest vor, einzigen vorhandenen grünen Wahlprogrammpunktes, nämlich die Bekämpfung

und die Verächtlichmachung der FPÖ. Während dieser Phase kam es auch leider Gottes zu heftigen Ausschreitungen im Zuge einer Wahlkampfveranstaltung am Grazer Hauptplatz. Ich möchte dazu sagen, grundsätzlich ist gegen Demonstrationen im Sinne der freien Meinungsäußerung und im Sinne des Demonstrationsrechtes ja nichts zu sagen und es ist auch akzeptabel. Was allerdings nicht akzeptabel ist, ist, wenn auf solchen Veranstaltungen Gewalt entsteht, wenn Randalen passieren und wenn gefährliche Wurfgeschosse auf Passanten geschossen werden (*Applaus FPÖ*). Wir reden hier nicht von Papierln, wir reden hier nicht von irgendwelchen harmlosen Dingen, wir reden hier von Batterien, wir reden hier von Glasflaschen und wir reden hier von gefüllten Plastikflaschen, wo man auch durchaus Menschen damit verletzen kann, und es gab auch Verletzte. Es gab insgesamt drei Verletzte. Eine Sympathisantin während der Veranstaltung und im Anschluss an die Veranstaltung zwei Personen, die zusätzlich verletzt worden sind, eine belgische Touristin in der Welschen Stube, die im Anschluss auch genäht werden musste. Interessant ist auch, wer diese Gegendemonstrationen veranstaltet hat. Auf der einen Seite die sozialistische Jugend, die grünalternative Jugend und andere nicht weiter wichtige Gruppierungen. Und der eigentliche Skandal an dieser Angelegenheit ist, dass der halbe grüne Gemeinderatsklub und der halbe grüne Landtagsklub unter den Demonstranten war und hier nicht eingeschritten ist beziehungsweise Gewaltaktionen unterstützt hat, und das ist verächtlich und das ist ein Skandal und das ist diesem Gemeinderat nicht würdig...

***Zwischenruf GRin. Binder: Das ist eine schäbige Unterstellung.***

GR. **Sippel:** ...und in Wirklichkeit sind sie mit so einer Aktion auch rücktrittsreif (*Applaus FPÖ*). Und ich habe auch hier die Empörung, die jetzt anscheinend in Ihren

Reihen kursiert, vermisst, die Empörung einer Frau Jahn oder einer Frau Binder. Und zu diesem Punkt stellt man sich natürlich auch dann die Frage, ob es sich bei den Grünen nicht um Demokratiedozenten handelt oder womöglich um jene Sorte von Politpharisäern, die Wasser predigen und Wein trinken. Diese Frage sollte man sich einmal stellen.

Tatsache ist, die erwähnten politischen Vorfeldorganisationen haben diese Gegendemonstration maßgeblich mitgestaltet, sie waren darunter, und aus vergangenen Wahlkämpfen ist mir noch so im Ohr und kann ich mich erinnern, auch von Seiten des Herrn Bürgermeister, dass es immer wieder Aufforderungen gab, Wohlverhalten in der Wahlkampfausübung zu üben. Ansonsten kann man darüber diskutieren und sollte man auch dazu schreiten, Subventionskürzungen anzudrohen und auch durchzusetzen.

Man stelle sich nur vor, die FPÖ oder die freiheitliche Jugend fiele nur annähernd so gewalttätig und demokratieverweigernd auf, wie Sie es getan haben, ich glaube, sämtliche Räte, Kommissionen und Beiräte würden sofort bemüht werden. Mit Sicherheit kann jedenfalls bei einer Demonstration, die eine politische Wahlveranstaltung nicht nur gestört hat, sondern auch deren Teilnehmer in eine ernst zu nehmenden Gefahr versetzt hat, nicht von einem politischen Wohlverhalten im Sinne unseres Bürgermeisters gesprochen werden. Ebenso muss auch eine politische Verantwortung der Partei für ihre Vorfeldorganisationen, zumindest dort, wo es Personalüberschneidungen gegeben hat, geprüft werden. Da sich weder die Grazer Grünen noch die SPÖ bisher von ihren Vorfeldorganisationen und von dieser expliziten Gewaltanwendung durch die Demonstrationen distanziert haben, darf angenommen werden, dass deren Vorgehen ihre Zustimmung findet.

Zum Abschluss, Frau Gemeinderätin Binder, nun eine Subventionskürzung, und das haben Sie ja auch für die FPÖ gefordert, so muss aus Fairnessgründen und nur alleine deswegen und aus demselben Rechtstitel heraus, wie Sie das gefordert haben, diese Maßnahme auch für Ihre Partei und die anderen betroffenen Fraktionen zur Anwendung kommen.

Es ergeht daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgender

### **dringlicher Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, ob und in wie weit der im Motivenbericht geschilderte Sachverhalt ausreicht, eine Kürzung der Parteienförderung der SPÖ und der Grünen durch die Stadt Graz in Erwägung zu ziehen. Die zuständigen Stellen mögen hierbei den aktuellen rechtlichen Besitzstand der Stadt Graz in ihre Überlegungen einbeziehen und dem Gemeinderat alsbald Bericht erstatten.

Ich möchte aber abschließend eines sagen, ich bin bereit, diesen Antrag auch wieder zurückzuziehen, wenn Sie sich heute hier hinstellen, Sie sich öffentlich bei den Verletzten und zu Schaden gekommenen Personen entschuldigen, sich von gewalttätigen Ausschreibungen im Zuge politischer Kundgebungen ein- für allemal distanzieren und Sie ihre Jugend- und Studentenorganisationen angemessen und öffentlich zurechtweisen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Danke an die freiheitliche Partei Österreichs. Wir haben uns ganz großartig amüsiert, wie wir diesen Antrag gestern gelesen haben, weil die Formulierungen wieder von ganz großer intelligenter Recherche getragen werden und vom respektvollen seriösen Umgang mit dem politischen Mitbewerber, nämlich uns Grünen, es war uns eine Freude, darüber zu lesen. Der Antrag ist wieder einmal ein gutes Beispiel dafür, wie die FPÖ versucht, vom eigenen menschenrechtswidrigen bedenklichen Handeln abzulenken und irgendwo Skandale zu erzeugen, wo halt keine sind.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Themenverfehlung.***

GRin. **Jahn:** Weil ihr seid nämlich diejenigen, die dieses unsägliche Moscheespiel irgendwie initiiert haben und es sind eure Abgeordneten, die irgendwie heute die Immunität aberkannt bekommen haben, euer Spiel ist verboten worden, von der Homepage heruntergenommen worden, es ist aufgetaucht auf irgendwelchen rechten Homepages, das waren nicht wir, das wart ihr. Es ist so ähnlich, wie vorher schon der Peter Hagenauer erklärt hat mit dem Thema Projektion, es dürfte bei euch scheinbar insgesamt so ein Thema sein, vielleicht einmal für eine interne Klausur zum Nachbereden oder so. Die Antwort, warum der Antrag nicht dringlich sein kann und inhaltlich abzulehnen ist, steht in eurem Antrag praktischerweise selbst drinnen, weil dort schreibt ihr nämlich selber, dass natürlich das Recht auf freie Meinungsäußerung auf Demonstration etc gegeben ist und dass ihr das auch anerkennt, und nicht mehr haben wir und auch die grüne Jugend dort getan. Dass wir uns von jeglicher Gewalt distanzieren und das einer unserer Grundsätze natürlich die Gewaltfreiheit ist, ist ja völlig klar, das kann ich dir hier gerne noch einmal bestätigen, wenn dir das wichtig ist...

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Warum tut ihr das dann nicht?***

GRin. **Jahn:** ...das ist überhaupt keine Frage. Noch dazu, ich hätte mir gedacht, dass ihr vielleicht auch ein bisschen besser recherchiert, weil es waren nämlich nicht nur Grüne dort und Leute von der SPÖ, es war auch der Kollege Georg Schröck dort und auch ein paar Kollegen von der ÖVP. Aber, ihr tut euch halt da wieder versuchen mit

Rechts und Links und trallala, aber das ist halt irgendwie euer Zugang. Zur zitierten Richtlinie, die soll angewendet werden, wenn eine Fraktion beziehungsweise deren MandatarInnen gegen die Menschenrechte verstoßen, was ja hier laut eurem eigenen Antrag nicht passiert sein kann, weil wir sozusagen auf unser Recht der freien Meinungsäußerung und auf unser Demonstrationsrecht genauso pochen wie auch ihr. Und gleiches Recht für alle, da seid ihr normalerweise auch immer dafür insofern sehen wir jetzt keinen Grund, weder im Inhalt noch in der Dringlichkeit, diesen Antrag hier zu unterstützen. Wenn ihr das nächste Mal Probleme habt mit eurer Parteiveranstaltungen und da Unterstützung braucht, dann kommt bitte nicht zu uns, sondern wendet euch an die Ordnungswache oder auch an die Polizei, weil die sind dafür zuständig, dass Veranstaltungen dementsprechend auch ablaufen. Mehr ist aus unserer Sicht dazu nicht zu sagen, wir finden das Ganze relativ peinlich für euch (*Applaus Grüne*).

StR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Für Gewaltanwendung von jedweder Seite auch immer sind wir nicht in einer Demokratie. Es gehört ja zum demokratischen Ritual, sich friedlich zu verhalten und friedlich zu demonstrieren für seine Rechte und Interessen, also brauchen wir uns gar nicht distanzieren, weil wir auch keine Gewaltanwendung vertreten und auch gar nicht diese unterstützen. Wenn eine Partei, die ja ihr zweifelhaftes Moscheenspiel, ich sage dazu grauslich, absichtsvoll provokant ins Netz gestellt hat und per Gericht es verboten wurde, was zu einer gewissen medialen Bekanntheit geführt hat, was ja im Interesse des politischen Wahlkampfes gewesen ist der letzten Tage, wenn sich die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt, schließlich wird ja der Vorwurf der Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren geprüft und ermittelt gegen den Landesvorsitzenden Gerhard Kurzmann. Wenn gestern seine Immunität aufgehoben wurde, wenn er schließlich vor einem Gerichtsverfahren stehen könnte, ich sage die Möglichkeitsform...

**Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Es gilt die Unschuldsvermutung.**

StR. **Herper:** ...ja es gilt immer die Unschuldsvermutung, aber wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt, wird sie schon zu einer Erkenntnis kommen, dann macht mich dieser Antrag naturgemäß sprachlos. Es macht mich gewissermaßen sprachlos, wie man so gegenüber Mitbewerbern einfordert die Kürzung politischer Fördermittel, das erinnert mich an die ungeschriebene Boxerregel Nummer 1, wer hart austeilt, darf selber kein Glaskinn haben. Wer diskriminiert, wer sich den Vorwurf und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach Aufhetzung vorwerfen lassen muss, wer als Programmschwerpunkt Ausländerfeindlichkeit hat, der darf sich nicht meiner Meinung nach alterieren, dass junge Menschen keine stramme Haltung annehmen und demonstrieren dagegen, gegen diese Haltungen. Ich sage immer, wer Hass sät, der darf sich nicht wundern, wenn er Ablehnung erntet und diesmal die Ablehnung nicht nur meiner Fraktion, nehme ich an, deswegen Dringlichkeit nein und Inhalt auch nein. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der vorliegende dringliche Antrag der freiheitlichen Fraktion in unserem Gemeinderat ist durchaus einige Bemerkungen und mehr als das wert. Ich erinnere, dass wir im letzten Gemeinderatswahlkampf uns redlich bemüht haben, alle Fraktionen auch hinter ein Fairnessabkommen zu scharren, nicht um Subventionen zu kürzen, das wäre nur eine Sanktion gewesen, sondern uns wirklich zu bemühen in dieser Bandbreite auch unsere demokratischen Rechte, die gehören natürlich auch für eine pluralistische Demokratie Kundgebungen zu veranstalten, Werbemittel zu versenden, ja durchaus auch einen Aktionismus zu pflegen, um Aufmerksamkeit zu erregen, aber das wir das in einer zivilisierten Art und Weise tun. Jetzt mutet das durchaus so als die Methode,

haltet den Dieb, ihr seid damals nicht beigetreten diesem Fairnessabkommen, es hat auch strafrechtlich relevante Vorkommnisse bereits gegeben und jetzt tut ihr so, als wäret ihr die Wächter des Friedens und des Rechtsstaates. Leider ist das Erstere erwiesenermaßen nicht der Fall, und wir werden ja sehen, was die Sachverhaltsdarstellung, die ihr nun selbst abgegeben habt, das ist euer gutes Recht, und da sollen auch die Staatsanwaltschaft, die Polizei und allenfalls die Gerichte, wenn was vorliegt, auch wirklich hier drauf sehen, was da vorgekommen ist. Aber wir lehnen als Volkspartei jede Aufhetzung, jede Aufwiegelung ab. Ganz gleichgültig, von welcher Seite sie kommt. Extreme bewähren sich nicht, die Volkspartei ist eine Kraft der Mitte, wir, glaube ich, zeigen durchaus vor, wie man diesen Frieden auch in einer Stadt gewährleistet. Folgt auch bitte das nächste Mal dem Beispiel eines Fairnessabkommens, wir werden jetzt sehen, wie die Staatsanwaltschaft entscheidet. Alles Weitere wird danach erfolgen, wir geben dieser Dringlichkeit keine Zustimmung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Sippel**: Ja, nur ganz kurz, wenn so freie Meinungsäußerung ausschaut, nämlich das Herabturn von Gewalttaten, dann sage ich, gute Nacht Meinungsfreiheit.

**Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Gewalttaten sind immer verurteilt worden.**

GR. **Sippel**: Die Bürger haben am 26. September die Möglichkeit, sich selbst ein Bild zu machen und zum Fairnessabkommen, es war nichts anderes wie eine Zensurmaßnahme, das hat mit freier Meinungsäußerung schon gar nichts mehr zu

tun und ich glaube, da war es nur gut und redlich, dass wir hier nicht beigetreten sind, und wir werden es auch in Zukunft nicht tun (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die traurigen Begleiterscheinungen dieses Abends sind da gar nicht so diskutiert worden. Eine Belgierin, die den Aschenbecher im Gastgarten in der Schmiedgasse so am Kopf bekommen hat, dass die eingeliefert werden musste, die verängstigten Jugendlichen und jungen Menschen, die davongerannt sind, weil sie gesagt haben, was ist denn da plötzlich los, das sind alles Themen, wo ich sage, sowohl der interreligiöse Dialog und der Frieden in dieser Stadt sind ein ganz, ganz hohes Gut. Und ob wir drüber herumstreiten, dass politische Parteien so was vielleicht oder doch nicht unterstützen, bitte noch einmal, niemand hat das zu unterstützen, alle die herinnen sitzen, auch alle politischen Kräfte haben aufzufordern, dass so etwas nicht in unserer Stadt stattfindet. Das war das Drama eigentlich, dass Menschen zum Handkuss gekommen sind, die gar nicht gewusst haben, wie es passiert und wer es nicht glaube, möge hinuntergehen zu unseren Portieren. Die haben den ausgerissenen Ausguss unseres Brunnens, da ist so eine Keule mit so einem Abflussbereich drauf, ist bis ins Rathaus hereingeflogen, es ist traurig genug, dass in Österreich bei politischen Kundgebungen es zu solchen Ausschreitungen und Auseinandersetzungen kommt, das entspricht im Übrigen nicht der österreichischen Bevölkerung, das sind Randgruppen, das tut weh (*allgemeiner Applaus*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**9) Untersuchung von Möglichkeiten zur Einrichtung einer zentralen Stelle zum Sammeln, Delegieren und Auswerten von nützlichen Wahrnehmungen und Hinweisen aus dem Kreise der Grazer Bürgerinnen und Bürger sowie der öffentlichen Verwaltung der Stadt, um mittels dieser Hilfe Verbesserungspotentiale für die Grazer Bürgerinnen und Bürger zu erschließen und akute Missstände möglichst umgehend abzustellen**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wohlfahrt hat heute schon die Privatwirtschaft zitiert, dass man von der das eine oder andere lernen kann, das ist wahr. Gerade mittelständige und größere Wirtschaftsbetriebe arbeiten sehr hart daran, entsprechende Kanäle, Verbindungsmöglichkeiten zu schaffen zwischen Kunden und Klienten, um entsprechende Serviceanliegen zu übermitteln, zu strukturieren, zu klassifizieren, zuzuordnen. Die Wichtigkeit ist, damit entsprechende Kommunikation in beide Richtungen aufzubauen und hier mittels Feedback die Möglichkeit zu bekommen, entsprechend geeignete Veranlassungen durchzuführen bis hin zu Rückrufen und Abholaktionen von Gütern. Ich denke, aus diesem heraus können wir sehr, sehr viel ableiten und lernen, weil wir wissen, wie viele Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Bereichen des Magistrates Graz beziehungsweise auch der Betriebe, der städtischen Betriebe unterwegs sind in Graz, die Augen, Ohren, alle Sinne offen haben und abseits auch ihrer engeren beruflichen Tätigkeit vieles mitbekommen. Ich denke da an Mitarbeiter der Parkraumüberwachung, an die Ordnungswache, Müllabfuhr, aber in vielen Sozialbereichen auch, ob das

Sozialarbeiter sind oder andere Streetworker oder Sonstige, die sehr viel wahrnehmen und die sehr viel mitteilen könnten, dass wirklich brandaktuell ist, dass wichtig ist, um Gefahren abzuwenden, aber auch um rechtzeitig Hilfe einzuleiten. Viele haben den Kopf geschüttelt über Medienberichte, wo über Kindesmissbrauch, wo über Verwahrlosung in Österreich diskutiert worden ist und jeder hat sich gefragt, na warum hat denn der jeweilige Mitarbeiter, der im Nahbereich dort war, nichts mitbekommen, warum hat er nicht wenigstens einen Verdacht mitgeteilt, wo hätte ein anderer ein Spezialist entsprechend nachschauen können? Und auch wenn gesagt worden ist vom Herrn Bürgermeister, dass die Stadt Graz in vielen Bereichen sehr gut unterwegs ist, das will ich ja gar nicht verleugnen, so ist es gerade in diesem Bereich, glaube ich, sehr wichtig auch, jenseits über den Teich nach Amerika rüberzuschauen, wo es gerade in den USA zahlreiche moderne Städte gibt, nämlich in Richtung Bürgerservice, die die modernsten Generationen von Smartphones verwenden, um Gebrechen, um Auffälligkeiten in der Stadt, in der Kommune zu benutzen inklusive GPS-Angabe, wo die Stadt sofort genau die Identität des Ortes hat, wo welche Aufnahme gemacht worden ist und bereits aus dem Bild und den schriftlichen Kurzmitteilungen ablesen kann, ob man nicht dort einmal nachschaut, ob nicht dort Veranlassungen zu treffen sind, um Ärgeres zu verhindern beziehungsweise um auf Missstände aufmerksam zu werden. Das BZÖ hält diese Idee einer bürgernahen Verwaltung eine Ergänzung in Richtung bürgernaher Verwaltung für absolut wichtig und als ein enormes Potential auch in Richtung Sicherheit, um Verbrechen einzudämmen, um aber auch den Überfallenen, wie es ja auch immer wieder in Graz vorkommt, entsprechend wirklich auch Hilfe anbieten zu können. Wir wollen einen stärkeren bürgernahen Zugang für die Grazerinnen und Grazer und ich glaube, das können wir mit diesem Instrument schaffen, indem eine Stelle, das muss keinesfalls eine neue Stelle im Magistrat sein, veranlasst werden könnte, der Bürgermeister möge sich da entsprechend Gedanken machen, um hier entsprechende Informationen seitens der Mitarbeiter des Magistrates oder der Bürgerinnen und Bürger entgegenzunehmen, zu strukturieren, klassifizieren und die entsprechenden Veranlassungen vorzunehmen. Wir möchten das implementieren genau unter dem

Grundsatz, der Akt muss laufen und nicht der Bürger, wir sehen das als enorme Möglichkeit, auch die Mitarbeiter, unser Potential, das natürlich beschränkt von den Ressourcen her da ist, einzusetzen, um wirklich diese Wahrnehmungsmöglichkeiten auch wirklich entsprechend abzurufen und im Dienste der Grazerinnen und Grazer wirklich einzusetzen.

Wir stellen daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird beauftragt, die Möglichkeiten eingehend zu untersuchen, eine zentrale Stelle zum Sammeln und Delegieren und Auswerten von nützlichen Wahrnehmungen und Hinweisen aus dem Kreise der Grazer Bürgerinnen und Bürger sowie der öffentlichen Verwaltung der Stadt einzurichten und Bürger zu erschließen und akute Missstände möglichst umgehend abzustellen. Dabei sind Erfolgspotentiale zu benennen und zu quantifizieren, daraus ableitbare Strukturanpassungen im Zusammenhang mit Erfahrungen aus sinnverwandten Konzeptionen anderer Kommunen und der Wirtschaft vorzuschlagen. Sollte vom Bürgermeister Mag. Nagl hierzu ein Gremium einberufen werden, sind darin fachlich geeignete Vertreterinnen und Vertreter (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), genauso wie Vertreter aller im Grazer Gemeinderat vertretenen Fraktionen einzubinden. Eine Erstfassung soll spätestens derart vorliegen, dass diese in der Gemeinderatssitzung im Februar 2011 einer weiteren Beratung und allfälligen Beschlussfassung unterzogen werden kann. Ich bitte im Sinne einer bürgernahen Verwaltung um Annahme dieses dringlichen Antrages. Danke.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 20.35 Uhr den Vorsitz.***

GR. Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Mariacher, ich habe versucht, mit intensivsten Bemühungen den Antrag zu verstehen, also wirklich, ich habe mich durchaus bemüht, Zeile für Zeile durchzulesen, ich bin aber nicht auf den Punkt gekommen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Du hast zum Schluss jetzt von einer bürgernahen Verwaltung gesprochen, dem kann ich durchaus etwas abgewinnen, aber die ganzen Vorstellungen oder das Hinführen zu dieser bürgernahen Verwaltung mit Argumenten habe ich eigentlich nicht verstanden. Ich möchte schon noch dazu vielleicht kurz sagen, dass es ja durchaus genug Möglichkeiten gibt, es gibt die Möglichkeiten, sich an die Bezirksämter zu wenden, es gibt die Möglichkeiten, sich an die Servicestellen zu wenden, es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, über das Internet, Wahrnehmungen hier weiterzugeben. Es gibt durchaus viele Initiativen, ich nenne hier „Mehr Zeit für Graz“, es gibt Bürgerinformationsveranstaltungen, es gibt Bürgerbeteiligungsveranstaltungen, wo durchaus die Bürgerinnen und Bürger hier Wahrnehmungen, Feststellungen, Beschwerden, Wünsche hier herantragen können, aber auch die politischen Mandatare sind selbstverständlich, wir Gemeinderäte oder auch die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksräten, sind durchaus bemüht, hier diese Wünsche aufzunehmen. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine Einlaufstelle für Wahrnehmungen gibt, also das ist für mich unvorstellbar, ich glaube, dass es genug Möglichkeiten gibt, dass die Bevölkerung, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz ihre Wünsche, Beschwerden, Anregungen, Wahrnehmungen an die richtigen Stellen weitergeben können, eine zusätzliche Einlaufstelle für Wahrnehmungen halte ich für ausgeschlossen, für nicht notwendig (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Lieber Kollege Dipl.-Ing. Topf, natürlich gibt es Formen der Kommunikation auf verschiedenen Ebenen, keine Frage, da sind wir ja unisono einer Meinung. Nur es ist halt die Frage, ob ich weiter vorausschaue, ob ich auch neue technische Möglichkeiten nutze, so wie es große Konzerne, Firmen tun, die ein

Ticketing einführen, so wie es auch die viel gescholtene Post bereits macht, dass man gewisse Verfolgungen machen kann, was mit den Informationen passiert, auch Rückäußerungen, Rückmeldungen also Bürger erfährt, was mit einer allfälligen Beobachtung und Weitergabe wirklich gemacht worden ist, das sind Dinge, die ganz wichtig sind, um einzuführen und diese Möglichkeiten gibt es halt derzeit nicht. Aber es ist kein Problem, dass wir in dem Bereich initiativ werden und schon einen Schritt weiterdenken, ich habe damit kein Problem. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn Sie die elektronische Nachverfolgung von Akten meinen, dann ist das im Haus Graz Standard, wie viele andere Dinge auch. Aber vielleicht kann man sich da einmal näher erkundigen.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte schon vorankündigen, dass an mich mehrfach schon herangetragen wurde der Wunsch, nachdem wir wieder nicht wenige Anträge und Anfragen haben, dass man kurz den Antragstext einbringen und ob das auf Zustimmung stößt, aber zuerst kommen wir noch zum letzten dringlichen Antrag, eingebracht vom Herrn Gemeindrat Schröck.

**10) Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen.  
Ernährungsphysiologische Überprüfung der Schulbuffets und zur  
Verfügungstellung einer gesünderen und ausgewogeneren Ernährung in den  
Schulbuffets**

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt zu einem Antrag, der das Instrument des dringlichen Antrages im Gegensatz zum letzten Antrag der FPÖ auch wieder ernst nimmt und nicht verblödet. Ich komme zu einem Thema, dass auch gerade jetzt wieder auf orf.at...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Schröck**: Ja passt schon, tue dich wieder beruhigen, du hast deinen Auftritt gehabt, der war peinlich genug, jetzt bin dann ich dran. Ich komme zum Thema, das gerade jetzt wieder auf orf.at thematisiert wird und dort auch als globale Epidemie bezeichnet wird, welches es auch mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. In den letzten fünf Jahren ist es sowohl bei Mädchen als auch bei Buben zu einer deutlichen Zunahme in der Häufigkeit von Übergewicht und Fettleibigkeit gekommen. Der Anteil der Übergewichtigen ist in der Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen von knapp 14% auf 20% gestiegen. Bei der Gruppe der 10- bis 15-Jährigen knapp von 10% auf 18%. Obwohl es zahlreiche Schulprojekte zur Verbesserung des Ernährungsverhaltens gibt und das Wissen in der Bevölkerung bereits angewachsen ist, mangelt es offensichtlich an den notwendigen Erfolgen in der Umsetzung.

In einer Zeit, wo viele, zumeist beide Elternteile eines Schulkindes, berufstätig sind, Stress und Aufbruch am Morgen den Alltag prägen, nicht ausreichend zu Hause gefrühstückt wird, fällt dem Verpflegungsangebot in unseren Schulen umso mehr größer werdende Bedeutung zu. Das Schulbuffet hat nicht nur ernährungserziehungswissenschaftlichen Wert, sondern es ist für Kinder und Jugendliche wichtig, sich vor Ort und ohne die Schule verlassen zu müssen für den ganzen Schultag mit Essen und Trinken, also mit reichlich Energie, zu versorgen.

Schulbuffets sollten daher möglichst viele gesunde Wahlmöglichkeiten anbieten. Die derzeitige Situation an den Grazer Schulen spricht leider eine andere Sprache.

Süßigkeiten aller Art und zuckerhaltige Getränke, wenige Vollkornprodukte, Gemüse höchstens als Garnitur und Äpfel als einziges Obst. Das Angebot der Schulbuffets ist zwar umfangreich, aber oftmals nicht gesund. Viele Jausen sind vor allem Dickmacher. Bei Süßigkeiten und Knabbereien gibt es die größte Vielfalt und Auswahl. Hauptsächlich werden hochkalorienreiche Süßigkeiten mit niedriger Energie- und dafür hoher Zuckerrate angeboten. Der Getränkeverkauf erfolgt meistens über Automaten, in erster Linie beinhalten diese Automaten zuckerhaltige Limonaden, Energydrinks und Colagetränke. Nach Mineralwasser sucht man in diesen Automaten leider zu oft vergebens. Und das, obwohl das ideale Getränk für Schülerinnen und Schüler Wasser wäre, egal ob aus der Leitung oder als Mineralwasser.

Das Sortiment der Schulbuffets muss daher nach ernährungswissenschaftlichen Gesichtspunkten optimiert und ausgemistet werden. Es braucht klare Vorgaben, was angeboten werden muss, und was nicht angeboten werden darf. Dies betrifft vor allem Süßigkeiten und Limonaden.

Die Politik ist also aufgefordert, hier ganz klare Vorgaben zu machen, nach denen sich die Schulen und Buffetbetreiber klar zu halten haben. Wir dürfen nicht mehr zusehen, wie Kinder an unseren Schulen immer dicker und ungesünder werden, weil sie von

den Eltern unbeaufsichtigt preisgünstiges Fastfood und Kalorienbomben zu sich nehmen.

Einen gangbaren Weg in diese Richtung hat die britische Regierung gefunden. Hier wurden strengere Standards für fettfreies Schulessen eingeführt, Bestimmungen mit niedrigeren Fett-, Salz- und Zuckerwerten für Schulessen wurden in Kraft gesetzt. Auch die Stadt Glasgow machte als Kommune vor, wie Schüler freiwillig zur gesunden Ernährung bewegt werden können.

Dort wurden alle 29 Hauptschulen der Stadt mit gesundem Wahlessen und einem Bonuspunktesystem ausgestattet, das die bewussten Esser unter den 30.000 Schülern am Ende des Schuljahres großzügig für ihre Wahl belohnte. Für die am Jahresende gesammelten Punkte gab es je nach Anzahl von Kinogutscheinen bis hin zu iPods Preise, die die Schüler sehr zahlreich zum Umstieg auf gesundes Essen animierte.

Die ausgewogene Ernährung und damit Gesundheit unserer Jugend, der Kampf gegen Jugendfettleibigkeit muss oberstes Ziel der Politik und der Schulleiter werden und ist ganz klar vor den Profit einiger Buffetbetreiber zu stellen. Neben gesundheitlichen Aspekten ist natürlich auch der volkswirtschaftliche Nutzen beim frühen Kampf gegen Fettleibigkeit zu beachten, denn die durch Übergewicht verursachten Krankheiten kosten den Staat jährlich Millionen von Euro.

Deswegen stelle ich folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

1. Die Schulstadträtin wird aufgefordert, eine Bestandaufnahme betreffend die in den Pflichtschulen angebotenen Schulbuffets im Hinblick auf die angebotenen Nahrungen durchzuführen.
2. In einer ressortübergreifenden Gruppe soll sodann unter Leitung des Gesundheitsstadtrates ein Programm gesunde Ernährung an Schulen erarbeitet

werden, um aus den Ergebnissen des Punktes 1 ableitend, Grundlagen zu schaffen, das Angebot in den Schulbuffets ernährungsphysiologisch gesund und ausgewogener zu gestalten und sogenannte Dickmacher aus dem Sortiment zu entfernen. Ich bitte um Annahme.

Der Gesundheitsstadtrat Herper wird beauftragt, umgehend die Grazer Schulbuffets hinsichtlich des ernährungsphysiologischen Angebotes zu analysieren und zu monitorisieren, um aus den Ergebnissen ableitend Möglichkeiten mit dem Ziel zu unterbreiten, das Angebot in den Schulbuffets ernährungsphysiologisch gesünder und ausgewogener zu gestalten und sogenannte Dickmacher aus dem Sortiment zu entfernen.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, Kollegen! Ich habe jetzt selber gemerkt bei meiner Reha, ein Jahr nach meiner schweren Erkrankung vor einem Jahr, dass Ernährungsumstellung und Bewegung die zwei Hauptmomente sind, um gesund bleiben zu können und gesund bleiben zu dürfen. Die Strategien der WHO und die auch in Aktionsplänen der Länder Widerhall und Wideraktivität finden auch in der Steiermark, und auch mein Gesundheitsziel als Gesundheitsreferent der Landeshauptstadt Graz heißt nämlich Ernährung, Bewegung und Gesundheit. Mit Ernährung und Bewegung die Gesundheit einfach verbessern und deswegen, lieber Georg Schröck, bedanke ich mich für deine Anregungen, für die Initiative und den dringlichen Antrag. Ich habe ja bereits, nur als Detail, gemeinsam mit der Schulstadträtin hier angeboten, dass wir gemeinsam die von der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse eingerichtete Informationsfibel „Gesunde Jause von zu Hause“, die auch jetzt aufgelegt wird und gedruckt wird vom Unterrichtsministerium und vom Gesundheitsministerium, gemeinsam auflegen und verbreiten und diese Gemeinsamkeit der Information an die Schülerinnen und Schüler, an die Eltern und an die Lehrerinnen/Lehrer weitergeben, weil ich mir bewusst bin, dass Eltern oder Bezugspersonen wohl wissen, was eine ausgewogene

Ernährung und Bewegung bedeutet, aber nicht immer genügend Einfluss haben auf bedarfsgerechte und gesundheitsfördernde Speisenauswahl im Rahmen der Außerhausverpflegung und der Bewegungsangebote. Gesunde Ernährung im Kontext der Schule, so finde ich als Gesundheitsstadtrat, ist mein Motto, darf nicht isoliert betrachtet werden. Es braucht einer Veränderung hin zu einer gesundheitsfördernden Schule auf allen Ebenen. Es gibt ja in der Steiermark zum Beispiel Styria-Vitalis-Netzwerk gesunde Schule bereits, wo ja die VS Graz-St. Veit, die HS Straßgang, die VS Triester, die VS Berlinerring vertreten sind, wo die Schulgemeinschaft daran arbeitet, im Rahmen ihrer gegebenen Möglichkeiten gesunde Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler und LehrerInnen zu schaffen. Es reicht meiner Meinung nach aber nicht aus, denn es geht darum, auch im Bereich, wie Georg Schröck angesprochen hat, die Schulbuffets und die Schulverpflegung in Angriff zu nehmen, nämlich nicht nur, weil es genügend Leitfäden schon gibt und es genügend Modellprojekte gibt, Praxisleitfäden, das gute Schulbuffet des Lebensministeriums, Projekte, Tagungen, Materialien, Arge Gänseblümchen auf Vogerlsalat, anders Essen in steirischen Berufsschulen, gemeinsam Essen in steirischen Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen wie Schulen, Jugendhäusern etc, sind eine Möglichkeit, und sind schon Aktivitäten in den letzten Jahren gesetzt worden. Ich sehe aber in einer neuerlichen Iststandserhebung und die nur eine Ableitung von Empfehlungen wiederum gibt, was die letzten Jahre schon empfohlen wurde, einfach zu wenig. Mir geht es um eine bereichsübergreifende Strategie und die Umsetzung von gesunden Schulbuffets in einem Gesamtkonzept „Gesunde Schule“ und deswegen ersuche ich, gerade im Sinne auch der Anregungen, die Georg Schröck gegeben hat, ich sage das, weil sie sachlich durchaus berechtigt sind, ersuche ich die Schulstadträtin Sonja Grabner, die Sozialstadträtin Martina Schröck, den Sportstadtrat Teddy Eisel-Eiselsberg, das ganze Projekt als gesunde Schule, das wir gemeinsam als Querschnittsmaterie verstehen, wo Gesundheitswesen, Bildung, Familie, Soziales, Sport, aber auch Verkehr und Wirtschaftsförderung betroffen sind. Die Vizebürgermeisterin hat mich aufgefordert, die Kinder nicht nur in die Schule zu bringen, sondern auch sie auf den Schulweg zu

schicken, nämlich Bewegung zu machen. In dem Sinne finde ich es, dass wir eine ressortübergreifende Zusammenarbeit anstreben sollten, ich auf jeden Fall werde unterstützen das Projekt, das das Ministerium jetzt genehmigt hat, diesmal an einer AHS, an der größten Schule von Graz, an der BULME, die jetzt im Herbst startet, der Antrag jetzt genehmigt,...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Redezeit bitte beachten.

StR. **Herper**: Ich bin schon fertig, bei der Abrundung, liebe Vorsitzende, ich bin schon bei der Abrundung. Im Herbst startet die BULME ihr vom Ministerium genehmigtes Projekt gesundes Essen und Trinken, positiv zu beeinflussen und zu unterstützen. Dieses Projekt werden wir unterstützen vom Gesundheitsamt und ich hoffe auf eine Zusammenarbeit und deswegen unterstützen wir auch diese Anregung und den Dringlichen des Kollegen Schröck. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Frau Vizebürgermeister, lieber Kollege Schröck! Keine Sorge, den Befund was dringlich ist und was nicht, den überlassen wir schon nicht dir. Zum dringlichen Antrag von dir, also wir Freiheitliche werden dem mit Bauchweh zustimmen. Ein Problem bei dieser ganzen Sache, und die bitte ich, hier auch wirklich zu bedenken, ist die, dass so etwas nie mit Zwang passieren darf, weil was passiert, wenn man die Kantinenbetreiber in den Schulen mehr oder weniger zwingt oder anhält, nur mehr gesunde Kost anzubieten, dann passiert genau das, dass die Schüler in die Kantine um die Ecke oder beim nächsten Sparmarkt ihre Wurstsemmerl und sonstige Dinge, Cola etc einkaufen gehen. Das Ganze kann nur passieren über eine begleitende Bewusstseinsbildung in diese Richtung, die muss natürlich länger und breiter angelegt werden, das passiert ja auch schon, wie wir vom Stadtrat Herper vernommen haben

und es kann nur auf diesem Weg passieren. Es ist wichtig, es ist gut, die Medien sind voll, diese Epidemie der ganzen Krankheiten, hervorgerufen durch Übergewicht, rollt über die Industriegesellschaften hinweg. Da muss man auch dagegenwirken, aber nur auf dem Wege der Bewusstseinsbildung, der Erziehung und nicht anders kann es funktionieren und nicht auf dem Weg, dass man Kantinenbetreibern hier die geschäftliche Grundlage mit einer unbedachten Aktion entzieht. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 20.45 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser**: Lieber Georg, von der Grundidee ist der Antrag ja völlig richtig, und für die Gesundheit unserer Kinder werden wir alles tun, und es ist uns ein großes Anliegen. Mit Hilfe der SPÖ hast du es jetzt geschafft, dass du Pflichtschulen mit den Gymnasien vermanscht, weil in unseren Pflichtschulen, ich weiß nicht, wie deine Recherchen gehen, aber in unseren Pflichtschulen gibt es keine Schulbuffets. Wir haben wenn, dann nur einen Jausenverkauf, und der Jausenverkauf wird über den Elternverein abgewickelt und nicht über das, wenn keine Schulbuffets vermietet, verpachtet und nicht über das Stadtschulamt, weil wir sind nur Schulerhalter und können das nicht machen. Außerdem gibt es seit Jahren eine Initiative, das war schon unter Stadtrat Eisel-Eiselsberg, sind die Zuckergetränke abgeschafft worden und in jeder Schule ein Trinkbrunnen aufgestellt worden. Dann Aktion „Gesunde Jause“ gibt es seit Jahren und ich glaube, das mit dem Süßigkeitenverkauf etc. kannst du nur Gymnasien gemeint haben. Weiters gibt es vom Sportamt zahlreiche Initiativen zur Motivation zur Bewegung der Kinder, wie du weißt und wir haben auch eine Studie in Auftrag gegeben, die ergeben hat, also das war ein Vergleich obersteirischer Kinder mit Grazer Kindern und da ist rausgekommen, ich kann sie dir schicken, dass die

Murauer Kinder dicker sind und sich weniger bewegen und zwar prozentuell um einiges mehr als die Grazer Kinder, liegt bei uns auf. Aber nichtsdestotrotz, lieber Georg, Initiativen, die unsere Kinde gesünder machen und zur Bewegung motivieren, unterstützen wir und daher halten wir deinen Antrag auch für dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Zunächst ein Wort zum sogenannten Klubobmann Sippel. Stimmt schon, dass die Dringlichkeit nicht ich allein hier in diesem Gremium bestimme. Die Dringlichkeit beschließen wir als Ganzes, und bei deinem letzten Antrag hast du ja sehr eindrucksvoll bewiesen bekommen, was wir alle davon gehalten haben. Aber ich glaube und ich bedanke mich auch recht herzlich für die breite Zustimmung, die sich heute abzeichnet für ein Thema, das eben erst auch heute wieder österreichweit als ein brennendes gesundheitspolitisches Problem dargestellt wurde, als Epidemie, als Volkskrankheit bezeichnet wurde, das es auch zu bekämpfen gilt. Ich glaube, es ist dringend an der Zeit, dass wir auch als Stadt Graz ein Zeichen gegen diese Entwicklung setzen und hier an unseren Schulen beginnen. Das haben wir auch heute getan, dass die ÖVP ein Haar in der Suppe findet, ist bedauerlich, anscheinend haben unsere Recherchen da Unterschiedliches zutage gebracht, denn nach meinen Recherchen gibt es sehr wohl Automaten an Pflichtschulen, die diese zuckerhaltigen Getränke und Speisen sehr wohl anbieten. Nichtsdestotrotz, ich danke für die Zustimmung, ich glaube, wir haben heute ein wichtiges Zeichen gesetzt. Danke (*Applaus BZÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***